



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Prüf- und Disziplinarordnung des Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV)

Anhang IIIa zum Reglement für die Selbstregulierungsorganisation

Règlement disciplinaire de l'Association Suisse des Gérants de Fortune (ASG)

Annexe IIIb au Règlement pour l'organisme d'autoréglementation

Regolamento di controllo e disciplina dell'Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni (ASG)

Allegato IIIc al Regolamento per l'organismo di autodisciplina

Dokumenteigenschaften

Entscheidungsträger	Vorstand
Genehmigung FINMA	Genehmigt am 30. Juni 2009
Stand	Definitiv
Inkrafttreten	1. Januar 2010 (mit Wirkung für Geschäftsjahre endend am oder nach dem 31. Dezember 2009)

Inhaltsverzeichnis

PRÜF- UND DISZIPLINARORDNUNG DES VERBAND SCHWEIZERISCHER VERMÖGENSVERWALTER (VSV)	4
Art. 1 Zweck und Gegenstand	4
Art. 2 Geltungsbereich	4
Art. 3 Kontrolle durch die Revisionsstellen	4
Art. 4 Besondere Kontrollen durch die Geschäftsleitung der SRO	5
Art. 5 Anordnungen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes	6
Art. 6 Sanktionen bei Verletzung der Standesregeln	6
Art. 7 Verstoss gegen die Prüf- und Disziplinarordnung	7
Art. 8 Zeitlicher Ausschluss der Verfolgung von Standesregelverletzungen	8
Art. 9 Ordentliches Untersuchungsverfahren	8
Art. 10 Einstellung oder Einleitung des standesgerichtlichen Verfahrens	9
Art. 11 Vereinfachtes Verfahren	9
Art. 12 Standesgerichtliches Verfahren	10
Art. 13 Schiedsverfahren	10
Art. 14 Verbandsaustritt während eines laufenden Verfahrens	10
Art. 15 Disziplinauskünfte	11
Anhang A: Anerkennungsvoraussetzungen für Revisionsstellen	12
Anhang B: Weisungen zur Revision Standesregeln und GwG	14
RÈGLEMENT DISCIPLINAIRE DE L'ASSOCIATION SUISSE DES GÉRANTS DE FORTUNE (ASG)	23
Art. 1 Finalité et objet	23
Art. 2 Champ d'application	23
Art. 3 Contrôle exercé par les organes de révision	23
Art. 4 Contrôles particuliers de la Direction de l'OAR	24
Art. 5 Instructions de rétablissement de la situation	24
Art. 6 Sanctions en cas de violation du Code de conduite	25
Art. 7 Violation du règlement disciplinaire	26
Art. 8 Prescription de la poursuite des violations du Code de conduite	26
Art. 9 Procédure d'enquête ordinaire	27
Art. 10 Classement ou introduction de la procédure devant le Tribunal d'honneur	27
Art. 11 Procédure simplifiée	28
Art. 12 Procédure devant le Tribunal d'honneur	28

Art. 13	Procédure d'arbitrage	29
Art. 14	Démission en cours de procédure	29
Art. 15	Renseignements sur les mesures disciplinaires	29
Annexe A:	Normes de reconnaissance des organes de révision	30
Annexe B:	Directives pour la révision du Code de conduite et de la LBA	32

REGOLAMENTO DI CONTROLLO E DISCIPLINA DELL'ASSOCIAZIONE SVIZZERA DI GESTORI DI PATRIMONI (ASG)..... 41

Art. 1	Scopo e oggetto	41
Art. 2	Campo d'applicazione	41
Art. 3	Controllo da parte degli organi di revisione	41
Art. 4	Controllo speciale da parte della Direzione dell'OAD	42
Art. 5	Directive per il ristabilimento di una situazione conforme all'ordinamento	43
Art. 6	Sanzioni in caso di violazione del Codice deontologico	43
Art. 7	Violazione del Regolamento di controllo e disciplina	44
Art. 8	Esclusione del perseguimento di violazioni del Codice deontologico per cause temporali	44
Art. 9	Procedura ordinaria di inchiesta	45
Art. 10	Abbandono o avvio di una procedura di fronte al Tribunale d'onore	46
Art. 11	Procedura semplificata	46
Art. 12	Procedura d'innanzi al Tribunale d'onore	47
Art. 13	Procedura arbitrale	47
Art. 14	Dimissioni durante un procedimento pendente	47
Art. 15	Informazioni disciplinari	47
Allegato A:	Condizioni per il riconoscimento degli organi di revisione	48
Allegato B:	Istruzioni per la revisione del Codice deontologico e della LRD	50

Prüf- und Disziplinarordnung des Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV)

Art. 1 Zweck und Gegenstand

Diese Prüf- und Disziplinarordnung dient der Kontrolle der Einhaltung der Standesregeln für die Ausübung der unabhängigen Vermögensverwaltung („Standesregeln“), des Geldwäschereigesetzes („GwG“) sowie des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung bei den Mitgliedern des Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV).

Sie bestimmt den Rhythmus der Prüfungen, die Anerkennung von Prüfstellen sowie Grundlagen der Prüfung und der Berichterstattung.

Sie legt die angemessenen Sanktionen für Verstösse gegen die Standesregeln fest und regelt das entsprechende Verfahren. Sie bestimmt das Verfahren für Anordnungen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes.

Art. 2 Geltungsbereich

Dieser Prüf- und Disziplinarordnung unterstehen die Aktivmitglieder mit Anschluss an die Selbstregulierungsorganisation.

Für unabhängige Vermögensverwalter, die als Finanzintermediäre nach Art. 2 Abs. 3 GwG direkt der FINMA unterstehen, gilt diese Prüf- und Disziplinarordnung mit Bezug auf die Standesregeln.

Art. 3 Kontrolle durch die Revisionsstellen

Mit schriftlicher Anerkennung der Standesregeln beauftragen und ermächtigen die Mitglieder ihre Revisionsstellen, die Einhaltung der Standesregeln nach Massgabe dieser Prüf- und Disziplinarordnung zu überprüfen. Die Revisionsstelle bestätigt die Prüfung der Geschäftsleitung der Selbstregulierungsorganisation („GL-SRO“) und erstattet Bericht. Die Mitglieder beauftragen und ermächtigen ihre Revisionsstelle ferner, Verstösse oder den begründeten Verdacht von Verstössen der GL-SRO zu melden.

Der VSV wird den von ihm anerkannten Revisionsstellen den Text der Landesregeln und des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sowie dieser Prüf- und Disziplinarordnung und damit deren Auftrag bekannt geben.

Ausführungsbestimmungen:

1. Die Anerkennungsvoraussetzungen für Revisionsstellen sind in Anhang A zu dieser Prüf- und Disziplinarordnung festgelegt.
2. Der Prüfrhythmus, die Prüfzeiträume, das Prüfungsverfahren und die Berichterstattung richtet sich nach Anhang B.

Die Geschäftsleitung der Selbstregulierungsorganisation kann im Rahmen einer Wegleitung zur Prüfung Empfehlungen zur Prüfung sowie Musterprüfberichte festlegen.

3. Das Mitglied hat einen schriftlichen Bericht seiner Revisionsstelle jeweils innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss eines Berichtszeitraums einzureichen.

Ausser im Falle eines Verbandsausschlusses hat das Mitglied, welches gemäss Art. 11 Abs. 1 der Statuten aus dem VSV austritt, innerhalb von 6 Monaten nach dem Austritt einen Revisionsbericht einzureichen, welcher sich über die Zeitspanne bis zum Austrittsdatum ausspricht.

Art. 4 Besondere Kontrollen durch die Geschäftsleitung der SRO

Die GL-SRO kann bei den Mitgliedern besondere Kontrollen über die Einhaltung der Landesregeln, des GwG und des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung – insbesondere bei Anhaltspunkten von Verstössen gegen das Geldwäschereigesetz - durchführen bzw. durch eine Revisionsgesellschaft durchführen lassen.

Ausführungsbestimmungen:

4. Die GL-SRO bestimmt aufgrund der gesamten Umstände, ob sie eine besondere Kontrolle durch eines ihrer Mitglieder oder eine anerkannte Revisionsstelle, welche nicht die vom Mitglied bestimmte zu sein braucht, durchführen lassen will.

Die Kosten einer solchen Kontrolle werden dem betroffenen Mitglied ganz oder teilweise auferlegt, wenn dieses durch vorwerfbares oder leichtfertiges Verhalten Anlass zur Durchführung der Kontrolle gegeben hat, oder wenn es die Durchführung der Untersuchung erschwert hat.

Art. 5 Anordnungen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes

Die Geschäftsleitung SRO kann den Mitgliedern unabhängig von allfälligen Verfahren gemäss Art. 6 ff. nachfolgend Auflagen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes machen. Diese Auflagen sind dem Mitglied schriftlich mitzuteilen und werden für das Mitglied bindend, wenn es nicht innert 30 Tagen ab Erhalt deren Überprüfung durch das Standesgericht verlangt.

Kommt das Mitglied einer Anordnung zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes nach zweimaliger Mahnung nicht nach, so beantragt die Geschäftsleitung SRO den Ausschluss aus dem Verband nach Art. 11 lit. b der Statuten VSV.

Ausführungsbestimmungen:

5. Es können alle notwendigen Massnahmen angeordnet werden, welche die Einhaltung der Standesregeln und des Geldwäschereigesetzes durch das Mitglied gewährleisten. Die Geschäftsleitung SRO kann den Mitgliedern insbesondere Auflagen zur Betriebsorganisation und zur Durchführung der Ausbildung machen.
6. Vor Erlass entsprechender Anordnungen gibt die Geschäftsleitung SRO dem Mitglied die Möglichkeit zu einer schriftlichen Stellungnahme. Die Auflagen werden mit Fristansetzungen verbunden. Eine Erstreckung der Fristen ist nur aus wichtigen Gründen möglich.
7. In dringlichen Fällen kann die Geschäftsleitung SRO in ihrer Anordnung zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes einem Weiterzug an das Standesgericht die aufschiebende Wirkung entziehen. Die Anordnung wird damit vorläufig vollstreckbar.
8. Vorbehalten bleibt der Ausschluss nach Art. 11 der Verbandstatuten bei offensichtlichem Unvermögen des Mitglieds, eine angemessene Betriebsorganisation zu unterhalten.

Art. 6 Sanktionen bei Verletzung der Standesregeln

Im Falle der Verletzung der Standesregeln oder des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung hat das fehlbare Mitglied an den Verband eine Konventionalstrafe von bis zu CHF 500'000.— zu leisten.

Der Verband wendet die Konventionalstrafe einem vom Vorstand zu bestimmenden Zweck zu.

In Bagatellfällen kann gegen das fehlbare Mitglied ein Verweis ausgesprochen werden.

Bei wiederholten oder schweren Verstössen gegen die Bestimmungen des Geldwäschereigesetzes oder der Standesregeln, kann der Ausschluss aus dem VSV angeordnet werden.

Ausführungsbestimmungen:

9. Bei der Bemessung der Konventionalstrafe sind die Schwere der Verletzung, der Grad des Verschuldens und die Vermögenslage des Mitgliedes gebührend zu berücksichtigen. Hat das Mitglied durch die Verletzung der Standesregeln einen Gewinn erzielt oder Aufwand vermieden, so bildet dieser Gewinn bzw. die Ersparnis den Mindestrahmen für die Bemessung der Konventionalstrafe.

Ausserdem kann von anderen Instanzen in der gleichen Sache verhängten Massnahmen Rechnung getragen werden.

10. Ein Verbandsausschluss wird immer angeordnet, wenn ein Mitglied, das nur eine mitarbeitende Person zählt, die eine dem GwG unterstellte Tätigkeit ausübt, vorsätzlich gegen die Meldepflicht gemäss Art. 9 GwG verstösst.

11. In allen anderen Fällen wird von einem Verbandsausschluss abgesehen, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- Der Angestellte bzw. die Angestellten, welche die Meldepflicht vorsätzlich verletzt haben, wurden aus der betrieblichen Organisation des Mitglieds ausgeschlossen und üben keinerlei Tätigkeit im Bereiche der Finanzintermediation für das Mitglied mehr aus; und
- allfällige weitere Personen im Betrieb des Mitglieds, welche bei der Verletzung der Meldepflicht vorsätzlich mitgewirkt haben, sei es durch ein Tun oder ein Unterlassen (namentlich im Falle von vorsätzlichen Fehlleistungen im Bereich der Ausbildung, beim Erlass und bei der Durchsetzung von internen Weisungen zur Bekämpfung der Geldwäscherei bzw. bei der Kontrolle von deren Einhaltung), wurden aus der betrieblichen Organisation des Mitglieds ausgeschlossen und üben keinerlei weitere Tätigkeit im Bereiche der Finanzintermediation für das Mitglied mehr aus; sowie
- das Untersuchungsverfahren ergibt, dass das Mitglied den ordnungsgemässen Zustand in seinem Betrieb innert kurzer Zeit wiederherstellt und Gewähr für die Erfüllung der Pflichten nach dem GwG und der Standesregeln bietet.

Sind diese Voraussetzungen bis zum Abschluss des Untersuchungsverfahrens gemäss Art. 10 ff. nachfolgend nicht erfüllt, so wird das Mitglied ausgeschlossen.

Art. 7 Verstoss gegen die Prüf- und Disziplinarordnung

Der Verletzung von Standesregeln gleichgestellt ist die Missachtung von Art. 3 dieser Prüf- und Disziplinarordnung, insbesondere das Nichteinreichen bzw. das nicht fristgerechte Einreichen des Revisionsberichts. Gleiches gilt für die Weigerung des Mitglieds bei besonderen Kontrollen oder im Untersuchungsverfahren mitzuwirken

Art. 8 Zeitlicher Ausschluss der Verfolgung von Standesregelverletzungen

Die Verletzung der Standesregeln oder des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung wird nicht mehr verfolgt, wenn sie mehr als 7 Jahre zurückliegt. Bei Verstössen gegen die Pflicht zur Identifikation und zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten beginnt die 7-Jahres-Frist mit der Behebung des Verstosses bzw. der Beendigung der Geschäftsbeziehung zu laufen.

Art. 9 Ordentliches Untersuchungsverfahren

Für die Abklärung und Ahndung von Verletzungen der Standesregeln und des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sind die Organe des VSV nach Massgabe der Vereinsstatuten zuständig. Die Geschäftsleitung SRO des Verbands Schweizerischer Vermögensverwalter bestimmt einen oder mehrere Untersuchungsbeauftragte.

Die Geschäftsleitung der SRO eröffnet bei Vorliegen des Verdachts von Verletzungen der Standesregeln oder des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung das Verfahren und beauftragt einen Untersuchungsbeauftragten mit der Abklärung des Sachverhalts. Er gibt dem Mitglied bekannt, in welcher Eigenschaft er in das Verfahren einbezogen ist.

Der Untersuchungsbeauftragte erstellt nach Abschluss der Untersuchung einen Bericht und stellt den Antrag, entweder das Verfahren vor dem Standesgericht einzuleiten und die angemessenen Sanktionen festzustellen oder die Untersuchung einzustellen.

Ausführungsbestimmungen:

12. Die Untersuchungsbeauftragten führen ihre Untersuchung unabhängig. Wurde vorgängig zur Untersuchung eine besondere Kontrolle gemäss Art. 4 durchgeführt, kann der Untersuchungsbeauftragte auf deren Ergebnisse sowie die im Rahmen dieser Kontrolle erhobenen Unterlagen abstellen.
13. Der Untersuchungsbeauftragte orientiert die FINMA über die Einleitung des Untersuchungsverfahrens.
14. Der Bericht des Untersuchungsbeauftragten fasst die wesentlichen Tatsachen zusammen, enthält eine rechtliche Würdigung dieser Tatsachen und einen Antrag an die GL-SRO. Dem Untersuchungsbericht sind die wesentlichen Beweismittel beizufügen.

Hält der Untersuchungsbeauftragte aufgrund der vorliegenden Akten die Untersuchung für abgeschlossen, so braucht er das betroffene Mitglied nicht gesondert anzuhören.

15. Kann infolge besonderer Umstände, insbesondere laufender Straf- oder Zivilverfahren mit präjudizieller Wirkung für das Verfahren nach dieser Prüf- und Disziplinarordnung ein Untersuchungsverfahren nicht zweckmässig weitergeführt oder abgeschlossen werden, so beantragt der Untersuchungsbeauftragte bei der Geschäftsleitung SRO die einstweilige Einstellung des Untersuchungsverfahrens.

Diese einstweilige Einstellung wird umgehend aufgehoben, wenn das betroffene Mitglied seinen Pflichten zur Orientierung des Untersuchungsbeauftragten über die Verfahrensentwicklung nicht nachkommt.

Art. 10 Einstellung oder Einleitung des standesgerichtlichen Verfahrens

Nach Prüfung des Untersuchungsberichtes und der allfälligen Anhörung des Mitglieds nimmt die Geschäftsleitung SRO den Untersuchungsbericht ab, und entscheidet auf Einstellung der Untersuchung oder leitet das Verfahren vor dem Standesgericht ein.

Sie kann den Untersuchungsbeauftragten mit der Führung des Verfahrens vor dem Standesgericht bevollmächtigen.

Wird die Untersuchung eingestellt, werden die Kosten grundsätzlich vom Verband getragen. Sie werden jedoch dem Mitglied ganz oder teilweise auferlegt, wenn dieses die Untersuchung durch verwerfliches oder leichtfertiges Verhalten verursacht oder wenn es die Durchführung der Untersuchung erschwert hat.

Ausführungsbestimmungen:

16. Wurde das Mitglied im Rahmen des Untersuchungsverfahrens nicht umfassend angehört, so stellt die Geschäftsleitung dem Mitglied den Untersuchungsbericht mit kurzer Frist zur Stellungnahme zu.

Art. 11 Vereinfachtes Verfahren

Ist nach Auffassung der Geschäftsleitung SRO für einen Verstoss gegen die Standesregeln, des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung oder die Verletzung einer Kontrollpflicht ein Verweise oder eine Konventionalstrafe von nicht mehr als CHF 50'000 angemessen, so schlägt die Geschäftsleitung SRO dem betroffenen Mitglied die Anerkennung der festgestellten Verstösse und die vorbehaltlose Annahme eines Verweises bzw. die Bezahlung einer angemessenen Konventionalstrafe vor.

Erfolgt innert dreissig Tagen ab Zustellung des Vorschlages kein Widerspruch so gelten die festgestellten Verstösse sowie ein allfälliger Verweis als anerkannt. Wird eine vorgeschlagene Konventio-

nalstrafe innert dreissig Tagen ab Zustellung des Vorschlages bezahlt, so gilt auch diese als anerkannt.

Erfolgt innert der genannten Frist ein Widerspruch bzw. bleibt die Bezahlung der Konventionalstrafe aus, so leitet die Geschäftsleitung SRO umgehend das ordentliche Untersuchungsverfahren ein oder stellt aufgrund der Akten dem Standesgericht Antrag auf Erteilung eines Verweises oder auf Ausfällung einer Konventionalstrafe.

Art. 12 Standesgerichtliches Verfahren

Wird die vom Standesgericht als angemessen festgesetzte Konventionalstrafe nach Fristansetzung nicht geleistet, hat auf Klage des Verbandes das in den Statuten vorgesehene Schiedsgericht endgültig zu entscheiden.

Andere Entscheide können vom VSV und vom betroffenen Mitglied innert einer Frist von 30 Tagen ab Zustellung beim Schiedsgericht nach Massgabe der Statuten des VSV angefochten werden.

Art. 13 Schiedsverfahren

Wird die vom Standesgericht als angemessen festgesetzte Konventionalstrafe nach Fristansetzung nicht geleistet, hat auf Klage des Verbandes das in den Statuten vorgesehene Schiedsgericht endgültig zu entscheiden.

Andere Entscheide können vom VSV und vom betroffenen Mitglied innert einer Frist von 30 Tagen ab Zustellung beim Schiedsgericht nach Massgabe der Statuten des VSV angefochten werden.

Art. 14 Verbandsaustritt während eines laufenden Verfahrens

Tritt ein Mitglied während eines laufenden Untersuchungsverfahrens oder während eines laufenden standesgerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Verfahrens aus dem VSV aus, so wird das laufende Verfahren gleichwohl zu Ende geführt.

Das Mitglied unterzieht sich den verfahrensrechtlichen Bestimmungen dieser Prüf- und Disziplinarordnung und der Statuten des VSV bis zum Abschluss eines im Zeitpunkt des Verbandsaustritts bereits laufenden Verfahrens.



Art. 15 Disziplinauskünfte

Die Geschäftsleitung SRO erteilt Dritten mit schriftlicher Zustimmung des Mitglieds gegen eine Gebühr Disziplinauskünfte.

Diese Disziplinauskünfte umfassen alle in den fünf vorangehenden Kalenderjahren nach dieser Prüf- und Disziplinarordnung ausgefallenen Sanktionen unter Angabe der verletzten Bestimmungen der Landesregeln bzw. dieser Prüf- und Disziplinarordnung.

Anhang A: Anerkennungs Voraussetzungen für Revisionsstellen

Als Revisionsstelle für Aktivmitglieder des VSV mit SRO-Anschluss werden anerkannt:

- Von der Finanzmarktaufsicht (FINMA) zugelassene Prüfgesellschaften.
- Unternehmen, die über eine Zulassung als staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen oder als Revisionsexperte durch die Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) verfügen.
- Unternehmen, deren für die Revision des betreffenden Aktivmitglieds des VSV verantwortlichen Personen (Revisionsleiter) über eine Zulassung als Revisionsexperte durch die Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) verfügen.
- Unternehmen, welche nachweislich über mindestens eine für die Zulassung als Revisionsexperte genügende berufliche Ausbildung und berufliche Erfahrung verfügen, einen guten Ruf und Leumund haben, deren Betriebsgrösse und -organisation im Verhältnis zur Betriebsgrösse und -organisation des zu prüfenden Mitglieds Gewähr für eine einwandfreie Revisionsstätigkeit im Sinne des GwG bieten. Für solche Unternehmen muss die Anerkennung ausdrücklich oder konkludent erfolgen und gilt immer nur mit Bezug auf ein bestimmtes Mitglied bzw. mehrere bestimmte Mitglieder.

In all diesen Fällen müssen die für die Revision des betreffenden Aktivmitglieds des VSV verantwortlichen Personen (Revisionsleiter) und Revisionsstellen nachweislich über fundierte Kenntnisse in Fragen der Geldwäschereibekämpfung, insbesondere über die jüngsten Entwicklungen, verfügen und von der Geschäftsleitung und Verwaltung der zu kontrollierenden Mitglieder unabhängig sein.

Ausnahmsweise kann die Geschäftsleitung SRO Unternehmen als Revisionsstelle zulassen, welche die Zulassungsvoraussetzungen der RAB nicht vollumfänglich erfüllen, wenn

- für Revisionsdienstleistungen im Bereich des Geldwäschereigesetzes und der Landesregeln in einer Region kein hinreichendes Angebot an genügend qualifizierten Revisionsstellen besteht oder sonstige hinreichende Anhaltspunkte für ein Marktversagen im Bereich solcher Revisionsdienstleistungen bestehen;
- die Revision einer Gruppe von verbundenen Unternehmen durch eine Revisionsgesellschaft dadurch besser gewährleistet werden kann;
- die Revision eines Mitgliedes oder einer Gruppe von Mitgliedern, welche eine spezifische Tätigkeit ausüben (z.B. Spezialisierung), infolge besonderer, auf diese spezifische Tätigkeit ausgerichteter Qualifikationen des leitenden Revisors besser gewährleistet werden kann; oder
- die Bezeichnung einer Revisionsstelle, welche die vorstehenden Anerkennungs voraussetzungen uneingeschränkt erfüllt, für ein einzelnes Mitglied aus anderen Gründen eine unzumutbare Härte bedeuten würde.

Diese Ausnahme gilt nur mit Bezug auf eines oder mehrere Mitglieder oder für bestimmte regionale Gebiete und muss auf ein begründetes schriftliches Gesuch des Mitglieds hin von der Geschäftsleitung SRO genehmigt werden.



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Revisionsberichte von Revisionsstellen, welche die in diesem Anhang festgelegten Annerkennungsvoraussetzungen nicht oder nicht mehr erfüllen, können von der Geschäftsleitung SRO ohne weiteres zurückgewiesen werden.

Anhang B: Weisungen zur Revision Standesregeln und GwG

I. Grundsätze der Revision

1. Geltungsbereich und Grundlagen

Die Ausführungen in diesem Anhang gelten für die gem. Art. 4 der Statuten und Art. 3 der Prüf- und Disziplinarordnung mit den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen bei den Aktivmitgliedern durchzuführende Revision über die Einhaltung der Standesregeln und des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

Die Revision hat nach Massgabe dieser Weisung grundsätzlich jährlich (vgl. II. Ziff. 1.) stattzufinden, solange einem Mitglied nicht ein mehrjähriger Berichtszeitraum („mehrjähriger Revisionszyklus“) durch die Geschäftsleitung SRO (vgl. II. Ziff. 2.) gewährt wurde.

2. Einreichungsfrist und Berichtszeitraum

Gem. Art. 3, Ausführungsbestimmung 3, der Prüf- und Disziplinarordnung ist die Revision innert 6 Monaten nach Abschluss des letzten Geschäftsjahres durchzuführen und der Revisionsbericht innert derselben Frist einzureichen. Für Mitglieder mit einem mehrjährigen Revisionszyklus gelten dieselben Fristen nach Abschluss des letzten Geschäftsjahres des verlängerten Zyklus.

Der Berichtszeitraum umfasst das am Bilanzstichtag endende Geschäftsjahr (Berichtsjahr). Bei einem mehrjährigen Revisionszyklus umfasst der Berichtszeitraum immer den gesamten Zeitraum vom Ende der letzten Prüfperiode bis zum Abschluss des letzten Geschäftsjahres.

Fristerstreckungsgesuche sind bis spätestens dem letzten Tag der Einreichungsfrist brieflich oder per E-Mail an den VSV zu richten. Diese werden nur unter Angabe von zureichenden Gründen bewilligt.

3. Prüfansatz

Die Prüfung erfolgt aufgrund eines risikoorientierten Ansatzes. Die Risikobeurteilung beinhaltet eine systematische Erfassung und Analyse der Risiken, die für die Urteilsbildung der Revisionsstelle hinsichtlich des Prüfgegenstandes wesentlich sind (Grundsatz der Wesentlichkeit). Es obliegt der Verantwortung des Revisors, die Risikosituation zuverlässig zu ermitteln. Die Risikoanalyse und die daraus abgeleitete Prüfstrategie sind zentraler Bestandteil der Prüfplanung.

Gestützt auf die Risikoanalyse wird die Prüftiefe der Prüfungshandlungen für die einzelnen Prüffelder festgelegt. Dabei können die Prüfungshandlungen mittels einer Prüfung (Audit) oder prüferischen Durchsicht (Review) oder Plausibilisierung erfolgen. Bei der Prüfung wird das Ergebnis der Prüfung positiv, bei der prüferischen Durchsicht und der Plausibilisierung negativ formuliert. Die Berichterstattung legt Risikoanalyse und Prüftiefe offen.

Für die Pflichtprüffelder (vgl. IV.Ziff. 1.) ist die minimale Prüftiefe die prüferische Durchsicht (Review). Die Prüfung (Audit) ist grundsätzlich unter ergebnisorientierten Gesichtspunkten durchzuführen. Bei Mitgliedern die über ein angemessen ausgebautes internes Kontrollsystem verfügen, kann die Prüfung schwergewichtig unter verfahrensorientierten Gesichtspunkten durchgeführt werden.

Für den erweiterten Revisionsbericht zum Gesuch für einen mehrjährigen Revisionszyklus hat der Revisor zusätzliche tatsächliche Erhebungen vorzunehmen. Diese haben unabhängig von einer Risikoanalyse zu erfolgen.

II. Ein- und mehrjähriger Revision

1. Jährlicher Revisionszyklus

Der Berichtszeitraum entspricht dem statutarischen bzw. dem gesellschaftsvertraglich oder dem für Einzelfirmen festgelegten Geschäftsjahr. Die Mitglieder geben bei Aufnahme in den Verband den Bilanzstichtag bekannt.

Vom jährlichen Prüfungsrhythmus bestehen folgende Ausnahmen:

a) Geschäftsjahre mit mehr als 12 Monaten

Mitglieder mit überjährigen Geschäftsjahren unterliegen dem jährlichen Prüfungsrhythmus. Bei Langgeschäfts Jahren nach Unternehmensgründung ist der zukünftige Bilanzstichtag auch im ersten Kalenderjahr nach der Gründung massgebend. Neue Mitglieder, die weniger als zwei Monate vor dem ersten Bilanzstichtag bzw. vor dem zukünftigen Bilanzstichtag im ersten Geschäftsjahr aufgenommen werden, sind von der Prüfungspflicht zu diesem Bilanzstichtag befreit.

Bei späteren Langgeschäfts Jahren infolge Änderung des Bilanzstichtages ist sowohl zum alten wie auch zum neuen Bilanzstichtag eine Revision durchzuführen, sofern das Langgeschäfts Jahr mehr als 15 Monate dauert. Bei Langgeschäfts Jahren von weniger als 15 Monaten kann die Geschäftsleitung SRO die Frist zur Einreichung des Revisionsberichts verkürzen, so dass ein regelmässiger Revisionsrhythmus sichergestellt ist.

b) Austritt - Unternehmensvereinigungen und andere Geschäftsübertragungen

Tritt ein Aktivmitglied aus dem Verband aus, so ist gleichwohl eine Prüfung über den Zeitraum bis zum Verbandsaustritt einzureichen, es sei denn, es liege einer der nachfolgenden, abschliessend aufgezählten Ausnahmetatbestände vor:

Wird die Geschäftstätigkeit des austretenden Mitglieds auf einen anderen nicht spezialgesetzlich regulierten Finanzintermediär übertragen, so hat der Aufsichtsträger dieses Finanzintermediärs (Selbstregulierungsorganisation, FIINMA) der Geschäftsleitung SRO schriftlich zu bestätigen, ihre Kontrolltätigkeit auch mit Bezug auf den Zeitraum bis zum Austritt aus dem VSV auszuüben.

Wird die Geschäftstätigkeit des austretenden Mitglieds auf einen spezialgesetzlich regulierten Finanzintermediär (Bank, Effekthändler) bzw. einen zum regulatorischen Konsolidierungskreis eines solchen Unternehmens gehörenden Finanzintermediär übertragen, so hat dieser spezialgesetzlich regulierte Finanzintermediär der Geschäftsleitung SRO schriftlich zu bestätigen, für entsprechende Kontrollen besorgt zu sein.

c) Austritt - Geschäftsaufgaben infolge Liquidation, Konkurs und entsprechenden Sachverhalten

Bei Austritt aus dem VSV im Zusammenhang mit der Löschung des Mitglieds aus dem Handelsregister oder Konkurs hat die Geschäftsleitung SRO - bei Weigerung der Revisionsstelle, die entsprechende Prüfung bis zum Austrittsdatum vorzunehmen - grundsätzlich eine die Revision ersetzende Kontrolle durchführen. Sie kann aus zureichenden Gründen davon Abstand nehmen.

2. Mehrjähriger Revisionszyklus

a) Einleitung

Bei VSV-Mitgliedern mit bisher einwandfreier Betriebsorganisation und hoher Betriebsstabilität kann unter den nachfolgenden Voraussetzungen von der Geschäftsleitung SRO ein mehrjähriger Revisionszyklus gewährt werden.

b) Voraussetzungen für die Gewährung eines mehrjährigen Revisionszyklus

Für die Genehmigung eines mehrjährigen Revisionszyklus müssen kumulativ die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein:

- Der mehrjährige Revisionszyklus wird nur auf schriftliches Gesuch des Mitglieds hin gewährt. Mit dem Gesuch ist ein erweiterter Revisionsbericht (vgl. zu dessen Inhalt unten III., IV. Ziff. 2, V. Ziff. 2 und VI. Ziff. 4) einzureichen, welcher Auskünfte über die Aktivitäten, die Organisation und den Kundenstamm des Mitglieds enthält.
- Das Mitglied muss dem VSV bereits mindestens drei Revisionsberichte vorgelegt haben, von denen mindestens jene der letzten zwei Geschäftsjahre von derselben Revisionsstelle erstellt worden sein müssen. Eine Bescheinigung der Inaktivität als Finanzintermediär gilt dabei nicht als Revisionsbericht.
- Dem Mitglied dürfen im Laufe der drei Jahre vor Gesuchstellung keinerlei Sanktionen im Sinne von Art. 6 der Prüf- und Disziplinarordnung auferlegt worden sein.
- Die drei letzten Revisionsberichte dürfen keine Beanstandungen durch die Revisionsstelle oder, falls doch, nur von geringfügiger Natur, beinhalten. Der erweiterte Revisionsbericht hat

in diesem Fall zu bestätigen, dass sämtliche, diesen Beanstandungen zugrunde liegenden Mängel behoben sind.

Zudem muss das gesuchstellende Mitglied darlegen können, dass das Geldwäschereirisiko und das Risiko von Verstössen gegen die Landesregeln des VSV angesichts der Tätigkeit des Mitglieds, der Qualität und Eignung seiner Organisation sowie die Stabilität und Herkunft seines Kundenstammes objektiv als gering eingestuft werden können.

c) Revisionszyklus

Bei Erfüllung aller Voraussetzungen nach b) vorstehend wird dem Mitglied durch die Geschäftsleitung SRO die Genehmigung für einen zweijährigen Revisionszyklus erteilt.

Ergibt sich nach der Prüfung des Revisionsberichts über einen zweijährigen Zyklus, dass die Voraussetzungen für den verlängerten Revisionszyklus weiterhin erfüllt sind, wird die Genehmigung von der Geschäftsleitung SRO ohne weiteres um eine weitere Zweijahresperiode verlängert.

d) Entzug des mehrjährigen Revisionszyklus

Ergibt der Revisionsbericht über einen zweijährigen Revisionszyklus, dass die Voraussetzungen für die Gewährung eines mehrjährigen Zyklus nicht mehr erfüllt sind, so entzieht die Geschäftsleitung SRO dem Mitglied die Genehmigung des mehrjährigen Revisionszyklus.

Bei Wahrnehmungen, die eine Neubeurteilung der Erfüllung der Voraussetzungen für die Gewährung des mehrjährigen Revisionszyklus durch ein Mitglieds notwendig machen, kann die Geschäftsleitung SRO jederzeit die Genehmigung für einen mehrjährigen Revisionszyklus entziehen.

Das Mitglied hat im Entzugsfall zu einem jährlichen Revisionszyklus zurückzukehren und kann frühestens mit dem dritten auf den Entzug folgenden Jahresbericht wieder ein Gesuch um Gewährung eines mehrjährigen Revisionszyklus einreichen.

III. Prüfungsgegenstand

Prüfungsgegenstand der Revision sind die Einhaltung der Landesregeln über die Ausübung der unabhängigen Vermögensverwaltung („Landesregeln“), des Geldwäschereigesetzes („GwG“) sowie des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Dem Prüfgegenstand liegen die nachfolgenden Prüffelder (vgl. IV.) zugrunde. Diese Prüffelder unterscheiden sich, je nachdem ob ein mehrjähriger Revisionszyklus vorliegt oder nicht oder die zu prüfende Gesellschaft der SRO des VSV angeschlossen ist oder nicht. Die Berichterstattung legt das Prüfungsergebnis zu den einzelnen Prüffeldern fest.

Im erweiterten Revisionsbericht zum Gesuch für einen mehrjährigen Revisionszyklus bilden zusätzlich Prüffelder (Abklärungen und Angaben über die Aktivitäten, die Organisation und der Kundentstamm des Mitglieds, welche eine verlässliche Aussage über die Stabilität des Mitglieds und das Risiko eines Verstosses gegen die Standesregeln des VSV zulassen) den Prüfungsgegenstand.

Die nachfolgend aufgeführten Prüffelder bilden einen Minimalstandard. Es bleibt dem Revisor unbenommen im Rahmen des Prüfungsgegenstandes weitere Prüffelder zu bestimmen.

IV. Prüffelder

1. Pflichtprüffelder der Revision Standesregeln und GwG

a) Aktivmitglieder mit SRO-Anschluss

- Dauernde Einhaltung der Aufnahmevoraussetzungen nach Art. 4 der Statuten
- Finanzintermediäre Tätigkeit im Sinne des GwG;
- Einhaltung der Standesregeln, des GwG sowie des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“, namentlich in Hinblick auf
 - a. die Identifizierung der Vertragspartei und Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten;
 - b. die erneute Identifizierung der Vertragspartei oder Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten;
 - c. die Dokumentationspflichten;
 - d. die besondere Abklärungspflicht (insbesondere Erstellung und Einsatz v. Kundenprofilen);
 - e. die Meldepflicht und Vermögenssperre;
 - f. die organisatorischen Massnahmen, einschliesslich Mitarbeiterausbildung;

sofern das Mitglied eine finanzintermediäre Tätigkeit im Sinne des GwG ausübt.

- Einhaltung der fachlichen Grundsätze der Ausübung der unabhängigen Vermögensverwaltung, namentlich in Hinblick auf
 - g. die Unabhängigkeit (Art. 3 der Standesregeln)
 - h. die Wahrung und Förderung der Marktintegrität (Art. 4 der Standesregeln)
 - i. die Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung, (Art. 5 der Standesregeln)
 - j. die Informationspflicht (Art. 6 der Standesregeln)
 - k. den Vermögensverwaltungsvertrags (Art. 7 der Standesregeln)
 - l. die Verschwiegenheitspflicht, namentlich beim Beizug Dritter (Art. 8 der Standesregeln)

- m. die unerlaubten Anlagegeschäfte (Art. 9 der Landesregeln)
- n. die nachrichtenlosen Vermögen (Art. 10 der Landesregeln)
- o. Für Revisionen über einen mehrjährigen Zyklus zusätzlich
- p. Wesentliche Änderungen der Angaben im erweiterten Revisionsbericht

b) Aktivmitglieder mit staatlicher Bewilligung

- Bestand und Einhaltung der staatlichen Bewilligung zur Berufsausübung
- Einhaltung der fachlichen Grundsätze der Ausübung der unabhängigen Vermögensverwaltung in gleicher Weise wie bei den Aktivmitgliedern mit Anschluss an die Selbstregulierungsorganisation, sofern und soweit das Aktivmitglied nicht einer entsprechenden prudentiellen Aufsicht untersteht.

2) Pflichtprüffelder für den erweiterten Revisionsbericht zum Gesuch für einen mehrjährigen Revisionszyklus

- Stabilität und Kontinuität des beschäftigten und dem GwG unterstellten Mitarbeiterstammes
- Stabilität und Kontinuität der internen Organisation des Mitglieds unter Berücksichtigung der Delegation von geschäftlichen Aufgaben
- Stabilität und Kontinuität der betreuten Kundenbeziehungen
- Risikograd und -struktur der Kundenbeziehungen unter der Berücksichtigung von Geschäftsbeziehungen und Transaktionen mit erhöhtem Risiko
- Struktur des Kundenstammes und ihrer Risikostruktur
- Stabilität und Kontinuität der Beziehungen zu Depotbanken
- Allfällige weitere für die Beurteilung des Gesuchs relevante Angaben

V. Prüfungshandlungen

1) Revision Landesregeln und GwG

Für die Risikoanalyse und Abdeckung der Pflichtprüffelder sind mindestens folgende Prüfungshandlungen vorzunehmen:

a) Aktivmitglieder mit SRO-Anschluss

- Ermittlung der GwG-relevanten und nicht GwG-relevanten Dienstleistungen und Tätigkeiten.
- Ermittlung der GwG-relevanten Kundenstruktur.
- Bezug der Jahresrechnung unter Einschluss des obligationenrechtlichen Berichtes über die ordentliche oder eingeschränkte Revision soweit vorgeschrieben oder dafür optiert.
- Feststellung der verwalteten Vermögensmasse.
- Prüfung oder prüferische Durchsicht der internen Weisungen zur Umsetzung der Landesregeln und des GwG auf Richtigkeit und Vollständigkeit.

- Prüfung oder prüferische Durchsicht der Kenntnisse des GwG, der Standesregeln, und der internen Weisungen bei Geschäftsleitung, Kundensachbearbeitern und administrativen Stellen.
- Prüfung oder prüferische Durchsicht der internen Kontrolle der Umsetzung und Einhaltung von GwG, Standesregeln und internen Weisungen.
- Prüfung oder prüferische Durchsicht der Basisdokumente der Geschäftsbeziehungen (Verträge, Identifikationsakten, Akten über die Feststellung der wirtschaftlichen Berechtigung, Kundeninformation;).
- Prüfung oder prüferische Durchsicht, ob die getätigten Transaktionen belegt sind und die Aufbewahrung den Vorschriften, namentlich auch den Vorschriften über die Auskunftserteilung entspricht.
- Prüfung oder prüferische Durchsicht, hinsichtlich der besonderen Abklärungspflichten einschliesslich der Vorschriften zur Risikoklassierung von Geschäftsbeziehungen und Transaktionen.
- Prüfung oder prüferische Durchsicht, ob den Meldepflichten und der Pflicht zur Vermögenssperre nachgekommen wurde.
- Prüfung oder prüferische Durchsicht der Auswahlfreiheit hinsichtlich Anlagen und Anlagepolitik sowie Exklusivitätsbindungen.
- Prüfung oder prüferische Durchsicht der Wahrung der Verschwiegenheitspflichten, insbesondere bei Delegation von geschäftlichen Aufgaben.

Für Revisionen über einen mehrjährigen Zyklus zusätzlich:

- Prüfung oder prüferische Durchsicht hinsichtlich wesentlicher Änderungen der Angaben im erweiterten Revisionsbericht zum Gesuch über einen mehrjährigen Revisionsbericht.

b) Aktivmitglieder mit staatlicher Bewilligung

- Bestand der staatlichen Bewilligung zur Berufsausübung.
- Eröffnung und Verlauf aufsichtsrechtlicher Verfahren.
- Die Prüfungshandlungen für Aktivmitglieder mit Anschluss an die Selbstregulierungsorganisation sofern keine gleichwertigen oder weitergehenden spezialgesetzlichen Pflichten bestehen und der Prüfung unterliegen.

2) Erweiterte Revision zum Gesuch für mehrjährigen Revisionszyklus

- Feststellung der innert den letzten drei Jahren vorgenommenen und in naher Zukunft vorgesehenen Wechsel bei den GwG unterstellten Mitarbeitern, sowie der jeweiligen Erfahrung dieser Mitarbeiter;
- Detaillierte Erhebung der internen Organisation einschliesslich der Anzahl Stellen in der Vermögensverwaltung, Administration und im Compliancebereich, sowie des Bestehens von Filialen, Zweigniederlassungen oder massgeblichen Beteiligungen an anderen Unternehmen;
- Erhebungen zum Aktionariat und dessen Veränderungen mit Bezug auf Beteiligungen von mehr als 10% an Stimmrecht und/oder Kapital;

- Erhebung des GwG-relevanten Kundenstammes und ihres Risikoprofils unter Einschluss ihrer Veränderungen im Laufe der letzten drei Jahre;
- Erhebung der Depotbankbeziehungen unter Einschluss ihrer Veränderungen im Laufe der letzten drei Jahre.

VI. Berichterstattung

1) Grundsätze der Berichterstattung

Der Revisionsbericht Standesregeln und GwG ist zentrales Informationsinstrument der Geschäftsleitung SRO des VSV. Er ist unerlässlich zur Beschaffung von aufsichts- und selbstregulierungsrelevanten Informationen und zur Identifikation von Mitgliedern, bei denen Massnahmen der Geschäftsleitung SRO notwendig sind. Für die verantwortlichen Personen des geprüften Mitglieds stellt der Prüfbericht ein zur Wahrnehmung ihrer Pflichten wesentliches Instrument dar.

Die Berichterstattung stellt das Ergebnis der nach den anwendbaren schweizerischen Grundsätzen des Berufsstandes durchgeführten Prüfung dar. Als anwendbare schweizerische Grundsätze gelten die Schweizer Prüfstandards der Treuhand-Kammer.

2) Form

Die Berichterstattung hat in schriftlicher Form in einer schweizerischen Amtssprache oder in englischer Sprache zu erfolgen und ist in Papierform bei der zuständigen Geschäftsstelle des VSV zuhanden der Geschäftsleitung SRO einzureichen. Die Geschäftsleitung SRO erarbeitet die notwendigen Wegleitungen, Musterberichte und -arbeitspapiere.

3) Inhalt der Berichterstattung

Die Berichterstattung umfasst eine Risikoanalyse, einen Prüfbericht sowie eine Vollständigkeitserklärung Standesregeln/GwG.

Die Risikoanalyse hat Auskunft zu geben über

- die wesentlichen Erkenntnisse aus der Risikoanalyse und die daraus abgeleitete Prüftiefe der Prüfungshandlungen.

Der Prüfbericht hat Auskunft zu geben über:

- Befähigung und Unabhängigkeit des Revisors
- Ort und Datum der Prüfung
- Behebung der festgestellten Mängel aus den Vorjahren
- Ergebnisse und Resultate der Prüfungen
- Beanstandungen mit allfälligen Stellungnahmen des geprüften Mitglieds;

- Empfehlungen des Revisors an das Mitglied zur Verbesserung der bestehenden Strukturen und Behebung bestehender Mängel

Die Risikoanalyse sowie der Prüfbericht haben Namen und Titel des leitenden Revisors sowie dessen Unterschrift zu tragen.

Die Vollständigkeitserklärung Standesregeln/GwG ist eine schriftliche Bestätigung des Mitglieds, dass es dem Revisor sämtliche verlangten Unterlagen zur Einsichtnahme vorgelegt und ihm wahrheitsgemäss Auskunft erteilt hat. Diese ist vom Mitglied auszufüllen und eigenhändig zu unterzeichnen.

4) Erweiterte Revision zum Gesuch für mehrjährigen Revisionszyklus

Die Berichterstattung im erweiterten Revisionsbericht hat zusätzlich Auskunft zu geben über:

- Resultate der vorgeschriebenen Erhebungen und Abklärungen einschliesslich einer Bestätigung über deren Vollständigkeit und Richtigkeit;
- Allfällige vom Mitglied genannte weitere Angaben zum Gesuch einschliesslich einer Bestätigung über deren Vollständigkeit und Richtigkeit.

5) Verhältnis zur Rechnungsprüfung

Bei Mitgliedern, die der ordentlichen oder eingeschränkten Revisionspflicht gemäss dem Obligationenrecht unterliegen, hat die Berichterstattung nach den vorstehenden Bestimmungen über die Revision Standesregeln und GwG zusammen mit dem Revisionsbericht der obligationenrechtlichen Revisionsstelle, der Jahresrechnung und dem Jahresbericht des Verwaltungsrates bzw. der Geschäftsführer zu erfolgen.

Mitglieder die weder der ordentlichen noch eingeschränkten Revisionspflicht unterliegen, haben dem Bericht nach den vorstehenden Bestimmungen ihre Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) sowie eine Vollständigkeitserklärung OR beizulegen.

Für Mitglieder mit mehrjährigem Revisionszyklus sind jeweils alle Jahresrechnungen des jeweiligen Berichtszeitraums (gegebenenfalls mit dem Bericht über die obligationenrechtliche Revision) beizulegen.

Règlement disciplinaire de l'Association Suisse des Gérants de Fortune (ASG)

Art. 1 Finalité et objet

Le présent règlement disciplinaire a pour objectif de s'assurer que les membres de l'Association Suisse des Gérants de Fortune (ASG) respectent le Code suisse de conduite relatif à l'exercice de la profession de gérant de fortune indépendant ("Code de conduite"), de la Loi sur le blanchiment d'argent (« LBA ») et le Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme.

Il définit le rythme des contrôles, la reconnaissance des organes de révision ainsi que les principes applicables au contrôle et à l'établissement des rapports.

Il détermine en outre les sanctions applicables aux violations du Code de conduite et réglemente la procédure correspondante. Il fixe la procédure en matière d'instructions de rétablissement de la situation.

Art. 2 Champ d'application

Sont soumis au présent règlement disciplinaire les membres actifs affiliés à l'organisme d'autorégulation (OAR).

Il s'applique, en lien avec le Code de conduite, aux gérants de fortune indépendants qui, en tant qu'intermédiaires financiers au sens de l'art. 2 al. 3 LBA, sont directement soumis à la FINMA.

Art. 3 Contrôle exercé par les organes de révision

En adhérant par écrit au Code de conduite, les membres donnent mandat et pouvoir à leurs organes de révision de contrôler le respect du Code de conduite conformément au présent règlement disciplinaire. L'organe de révision confirme le contrôle effectué à la Direction de l'OAR et il dresse rapport. De plus, les membres donnent mandat et pouvoir à leurs organes de révision d'annoncer toute violation ou tout soupçon fondé de violation à la Direction de l'OAR.

L'ASG communique aux organes de révision reconnus par elle le texte du Code de conduite, du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme et celui du présent règlement disciplinaire, et leur donne ainsi connaissance de leur mandat.

Dispositions d'exécution:

1. Les conditions de reconnaissance des organes de révision sont fixées à l'annexe A du présent règlement disciplinaire.
2. Le rythme, les périodes et la procédure de contrôle, ainsi que l'établissement des rapports sont précisés à l'annexe B.

La Direction de l'OAR peut établir des recommandations en matière de contrôle ainsi que des modèles de rapports dans le cadre d'un guide de contrôle.

3. Le membre a l'obligation de remettre un rapport écrit de son organe de révision dans les six mois suivant la fin de la période couverte par le rapport.

Sauf en cas d'exclusion, le membre qui quitte l'ASG selon l'art. 11, al. 1 des statuts a l'obligation de remettre, dans les six mois dès sa sortie, un rapport de révision qui porte jusqu'à la date de sortie.

Art. 4 Contrôles particuliers de la Direction de l'OAR

La Direction de l'OAR peut effectuer ou faire effectuer par une société de révision des contrôles particuliers auprès des membres pour s'assurer du respect du Code de conduite, de la LBA et du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme en particulier en présence d'indices de violation de la LBA.

Dispositions d'exécution:

4. La Direction de l'OAR détermine au vu de toutes les circonstances si elle entend faire exécuter un contrôle particulier par l'un de ses membres ou par un organe de révision reconnu, qui n'est pas nécessairement celui que le membre a désignés.

Les coûts de ce contrôle sont imputés en totalité ou en partie au membre concerné, si ce dernier a suscité l'exécution du contrôle par un comportement répréhensible ou imprudent, ou si ce comportement a rendu l'exécution de l'enquête plus difficile.

Art. 5 Instructions de rétablissement de la situation

La Direction de l'OAR peut donner aux membres, indépendamment des procédures en cours selon les art. 6 ss, des instructions de rétablissement de la situation. Ces instructions doivent être communiquées au membre par écrit et deviennent exécutoires pour le membre, si ce dernier ne demande pas leur contrôle par le Tribunal d'honneur dans les 30 jours à compter de leur réception.

Si le membre, malgré deux injonctions, ne se conforme pas à une instruction de rétablissement de la situation, la Direction de l'OAR en propose l'exclusion de l'association au Conseil, au sens de l'art. 11 lit. b des statuts de l'ASG.

Dispositions d'exécution :

5. Peuvent être ordonnées toutes les mesures nécessaires pour garantir le respect par le membre du Code de conduite et de la LBA. La Direction de l'OAR peut en particulier donner des instructions aux membres en matière d'organisation de l'entreprise et de formation.
6. Avant de formuler des instructions de rétablissement de la situation, la Direction de l'OAR donne au membre la possibilité de se déterminer par écrit. Les instructions sont assorties d'un délai de mise en oeuvre, qui ne peut être prolongé que pour de justes motifs.
7. instruction de rétablissement de la situation, retirer l'effet suspensif au recours auprès du Tribunal d'honneur. L'instruction devient alors immédiatement exécutoire.
8. Demeure réservée l'exclusion selon l'art. 11 des statuts de l'Association, en cas d'incapacité manifeste du membre à organiser son entreprise de manière adéquate.

Art. 6 Sanctions en cas de violation du Code de conduite

En cas de violation du Code de conduite ou du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme, le membre en infraction doit s'acquitter envers l'Association d'une peine conventionnelle d'un maximum de CHF 500'000.

L'Association affecte la peine conventionnelle à un but déterminé par le Conseil.

Dans des cas de peu de gravité, une réprimande peut être prononcée à l'égard du membre en infraction.

Dans les cas de violations graves ou répétées des dispositions de la LBA ou du Code de conduite, le membre peut être exclu de l'ASG.

Dispositions d'exécution :

9. Pour déterminer le montant de la peine conventionnelle, on tiendra compte de manière appropriée de la gravité de la violation, du degré de faute et de la situation financière du membre. Si la violation du Code de conduite a permis au membre de réaliser un gain ou d'éviter une dépense, la peine conventionnelle ne peut être inférieure à ce gain ou à cette économie.

Il est par ailleurs admissible de tenir compte de mesures prises par d'autres instances dans la même affaire.

10. L'exclusion est toujours prononcée, lorsqu'un membre ne comptant qu'un collaborateur dont l'activité est soumise à la LBA viole intentionnellement l'obligation de communiquer au sens de l'art. 9 LBA
11. Dans tous les autres cas, on renoncera à prononcer l'exclusion si les conditions suivantes sont cumulativement remplies:
 - le collaborateur, ou le cas échéant les collaborateurs, qui ont intentionnellement violé l'obligation de communiquer, ont été exclus de l'organisation opérationnelle du membre et n'exercent aucune activité dans le domaine de l'intermédiation financière pour le membre; et
 - d'éventuels autres collaborateurs du membre, qui ont intentionnellement participé à la violation de l'obligation de communiquer, que ce soit par une action ou une omission (notamment dans le cas de manquements intentionnels dans le domaine de la formation ou de l'adoption et de la mise en oeuvre de directives internes en matière de lutte contre le blanchiment d'argent, respectivement du contrôle de leur respect), ont été exclus de l'organisation opérationnelle du membre et n'exercent aucune activité dans le domaine de l'intermédiation financière pour le membre ; et
 - il ressort de la procédure d'enquête que le membre rétablit à bref délai la situation dans son entreprise et qu'il garantit le respect des obligations découlant de la LBA et du Code de conduite.

Si ces conditions ne sont pas remplies d'ici au terme de la procédure d'enquête selon les art. 10 ss., le membre est exclu.

Art. 7 Violation du règlement disciplinaire

La violation de l'art. 3 du présent règlement disciplinaire, en particulier l'absence de remise ou la remise tardive du rapport de révision, est assimilée à la violation du Code de conduite. Il en va de même du refus du membre de collaborer à la mise en oeuvre d'un contrôle particulier ou d'une procédure d'enquête.

Art. 8 Prescription de la poursuite des violations du Code de conduite

Les violations du Code de conduite et du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme ne sont plus poursuivies lorsqu'elles remontent à plus de sept ans. Pour les violations de vérification de l'identité du cocontractant et de d'identification de l'ayant droit économique, le délai de sept ans court dès que la violation a cessé ou que la relation d'affaires a pris fin.

Art. 9 Procédure d'enquête ordinaire

Les organes de l'ASG sont compétents, selon les dispositions des Statuts, pour constater et sanctionner les violations du Code de conduite et du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme. La Direction de l'OAR désigne un ou plusieurs chargés d'enquête.

En cas de soupçon de violation du Code de conduite, la Direction de l'OAR ouvre la procédure et donne mandat à un chargé d'enquête d'établir les faits. Ce dernier communique au membre à quel titre il intervient dans la procédure.

A la fin de l'enquête, le chargé d'enquête dresse un rapport et formule une proposition tendant soit à introduire la procédure devant le Tribunal d'honneur et à déterminer les sanctions adéquates, soit à classer l'enquête.

Dispositions d'exécution:

12. Les chargés d'enquête s'acquittent de leur tâche de manière indépendante. Si un contrôle particulier au sens de l'art. 4 a été mis en œuvre préalablement à l'enquête, le chargé d'enquête peut s'appuyer sur les résultats de ce contrôle et sur les documents réunis à cette occasion.
13. Le chargé d'enquête informe la FINMA de l'introduction d'une procédure d'enquête.
14. Le rapport du chargé d'enquête résume les faits essentiels et contient une appréciation juridique de ces faits et une proposition à la Direction de l'OAR. Les moyens de preuve essentiels y sont annexés.

Si le chargé d'enquête considère que les éléments dont il dispose permettent de clore l'enquête, l'audition du membre concerné n'est pas nécessaire.

15. Si, en raison de circonstances spéciales, en particulier d'une procédure pénale ou civile en cours dont l'issue revêt un caractère préjudiciel pour la procédure au sens du présent règlement disciplinaire, cette dernière ne peut pas être correctement conduite ou conclue, le chargé d'enquête en propose la suspension provisoire à la Direction de l'OAR.

Cette suspension provisoire est immédiatement levée si le membre concerné ne remplit pas son obligation d'informer le chargé d'enquête sur l'évolution de la procédure.

Art. 10 Classement ou introduction de la procédure devant le Tribunal d'honneur

Après examen du rapport d'enquête et l'éventuelle audition du membre, la Direction de l'OAR adopte le rapport d'enquête et décide de classer l'enquête ou d'introduire la procédure devant le Tribunal d'honneur.

Elle peut donner mandat au chargé d'enquête de mener la procédure devant le Tribunal d'honneur.

Si l'enquête est classée, les frais sont en principe supportés par l'Association. Ils sont toutefois mis, partiellement ou intégralement, à la charge du membre si ce dernier a suscité l'enquête par un comportement répréhensible ou imprudent, ou si ce comportement a rendu l'exécution de l'enquête plus difficile.

Dispositions d'exécution:

16. Si le membre n'a pas été auditionné de manière complète dans le cadre de la procédure d'enquête, la Direction de l'OAR lui transmet le rapport d'enquête pour prise de position à bref délai.

Art. 11 Procédure simplifiée

Si la Direction de l'OAR estime qu'une réprimande ou une peine conventionnelle de CHF 50'000 au plus constitue une sanction adéquate pour une violation du Code de conduite, du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme ou la violation d'une obligation de contrôle, elle propose au membre concerné de reconnaître les manquements constatés et d'accepter sans réserve une réprimande ou le paiement d'une peine conventionnelle adéquate.

En l'absence d'opposition dans les trente jours dès la notification de la proposition, les manquements constatés sont considérés comme reconnus, et l'éventuelle réprimande comme acceptée. En cas de paiement de la peine conventionnelle proposée dans les trente jours dès la notification de la proposition, la peine est également considérée comme acceptée.

En cas d'opposition ou en l'absence de paiement de la peine conventionnelle dans le délai précité, la Direction de l'OAR ouvre immédiatement une procédure d'enquête ordinaire ou demande au Tribunal d'honneur sur la base du dossier de prononcer une réprimande ou une peine conventionnelle.

Art. 12 Procédure devant le Tribunal d'honneur

La procédure devant le Tribunal d'honneur est déterminée par les statuts et par le règlement de procédure édicté par le Tribunal d'honneur sur la base de ces statuts.

Si le membre en infraction se soumet à la décision du Tribunal d'honneur, la procédure est liquidée. Dans le cas contraire, l'art. 13 est applicable.

Art. 13 Procédure d'arbitrage

Si un membre ne s'acquitte pas, dans le délai imparti, de la peine conventionnelle fixée par le Tribunal d'honneur, il revient, à la requête de l'Association, au Tribunal arbitral prévu par les statuts de trancher définitivement.

D'autres décisions peuvent être attaquées par l'ASG et par le membre concerné dans les 30 jours dès leur notification, auprès du Tribunal arbitral, conformément aux statuts de l'Association.

Art. 14 Démission en cours de procédure

Si un membre démissionne pendant une procédure d'enquête ou une procédure devant le Tribunal d'honneur ou une procédure devant le Tribunal arbitral, la procédure en cours est néanmoins menée à son terme.

Le membre se soumet aux dispositions procédurales du présent règlement disciplinaire et à celles des statuts de l'ASG jusqu'à la conclusion d'une procédure déjà en cours au moment de sa sortie.

Art. 15 Renseignements sur les mesures disciplinaires

La Direction de l'OAR renseigne les tiers en matière disciplinaire contre paiement d'un émolument et moyennant accord écrit du membre concerné.

Ces renseignements portent sur l'ensemble des sanctions prononcées sur la base du présent règlement disciplinaire au cours des cinq années civiles précédentes et font mention des dispositions du Code de conduite et du présent règlement disciplinaire qui ont été violées.

Annexe A: Normes de reconnaissance des organes de révision

Les organes de révision suivants sont reconnus pour les membres actifs de l'ASG affiliés à l'OAR:

- Les sociétés d'audit agréées par la FINMA.
- Les sociétés au bénéfice d'un agrément de l'Autorité fédérale de surveillance en matière de révision (ASR) en qualité d'entreprise de révision soumise à la surveillance de l'Etat ou d'un agrément en qualité d'expert-réviseur.
- Les sociétés dont les personnes responsables de la révision du membre actif sont au bénéfice d'un agrément de l'Autorité fédérale de surveillance en matière de révision (ASR) en qualité d'expert-réviseur.
- Les réviseurs qui disposent, au minimum, de la formation professionnelle suffisante pour être agréés en qualité d'experts-réviseurs, qui jouissent d'une bonne réputation et dont la taille et l'organisation – lesquelles doivent être adaptées à la taille et à l'organisation du membre à réviser – présentent toutes les garanties nécessaires pour mener à bien une révision irréprochable au sens de la LBA. La reconnaissance ne peut être donnée à ces sociétés qu'en relation avec un ou plusieurs membres déterminés.

Dans tous ces cas, les organes et les personnes (responsables du mandat de révision) responsables de la révision du membre actif de l'ASG doivent établir qu'ils disposent de connaissances approfondies en matière de lutte contre le blanchiment d'argent, notamment en ce qui concerne les derniers développements en la matière, et qu'ils sont indépendants de l'administration et de la direction des membres qu'ils révisent.

A titre exceptionnel, la Direction de l'OAR peut reconnaître des organes de révision qui ne remplissent pas toutes les conditions d'agrément de l'ASR pour autant que:

- dans une région donnée, l'offre en organes de révision qualifiés dans les domaines de la LBA et du Code de conduite est insuffisante ou qu'il existe d'autres circonstances qui limitent l'offre de tels organes de révisions;
- la révision, par un tel organe de révision, d'un groupe de sociétés liées entre elles, soit plus judicieuse;
- la révision d'un membre ou d'un groupe de membres développant une activité particulière par un tel organe de révision soit plus judicieuse en raison des compétences spécifiques du réviseur responsable dans le champ d'activité en question;
- la désignation d'un organe de révision qui remplit totalement les normes de reconnaissance serait, pour d'autres raisons, d'une rigueur excessive pour un membre déterminé.

Cette exception n'est valable que pour un ou plusieurs membres, ou pour une région déterminée, et ne peut être accordée par la Direction de l'OAR que sur requête écrite et motivée.



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Les rapports de révision émanant d'organes de révision qui ne remplissent pas ou plus les normes de reconnaissance de la présente annexe peuvent être refusés par la Direction de l' OAR.

Annexe B: Directives pour la révision du Code de conduite et de la LBA

I. Principes de la révision

1. Champ d'application et principes de base

Les dispositions de la présente annexe s'appliquent à la révision relative au respect du Code de conduite et du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme prévue pour les membres actifs à l'art. 4 des Statuts et à l'art. 3 du Règlement disciplinaire et de ses dispositions d'exécution.

Selon les présentes directives, la révision doit en principe être annuelle (cf. II. ch. 1), pour autant que la Direction de l'OAR n'ait pas mis un membre au bénéfice d'une période de révision pluriannuelle ("cycle de révision pluriannuel", cf. II. ch. 2).

2. Délai de remise du rapport et période de révision

Conformément à l'art. 3, disposition d'exécution 3 du Règlement disciplinaire, la révision doit être effectuée et le rapport remis dans les 6 mois qui suivent la fin de l'exercice comptable. Les mêmes délais s'appliquent aux membres au bénéfice d'un cycle de révision pluriannuel, la clôture du dernier exercice comptable du cycle faisant foi.

La période couverte par le rapport de révision est l'exercice annuel (année de référence) prenant fin au jour de la clôture annuelle. Dans le cas d'un cycle de révision pluriannuel, la période couverte par le rapport s'étend toujours de la fin de la dernière période revue jusqu'à la clôture du dernier exercice annuel.

Les demandes de prolongation de délai doivent être adressées à l'ASG par courriel ou courrier au plus tard le dernier jour du délai prévu pour la remise du rapport de révision. Une prolongation ne peut être accordée que si la demande est suffisamment motivée.

3. Concept de révision

La révision se fait sur la base d'une d'approche orientée risques. L'appréciation des risques comporte une saisie systématique et une analyse des risques significatifs qui permettent au réviseur de porter un jugement sur l'objet de la révision (principe du caractère significatif). Il incombe au réviseur d'établir une situation fiable des risques. L'analyse des risques et la stratégie de révision en résultant sont des éléments fondamentaux de la planification de la révision.

L'appréciation des risques détermine le déroulement de la révision en ce qui concerne le choix des domaines à réviser et l'étendue de la révision. La stratégie de révision peut donc se baser sur un audit, une revue succincte (review) ou un audit de plausibilité. En cas d'audit, le résultat de la révision

est formulé de manière positive, en cas de revue succincte et d'audit de plausibilité, de manière négative. Le rapport de révision fait état de la l'appréciation des risques et de l'étendue de la révision.

Les champs d'audits obligatoires (cf. IV. ch. 1) doivent être couverts au moins par le biais d'une revue succincte (review). L'audit doit en principe être mené en tant qu'audit de validation. Si le membre dispose d'un système de contrôle interne adéquat, l'audit peut se faire principalement en tant qu'audit orienté processus.

Dans le cadre du rapport de révision complémentaire en vue de l'obtention d'un cycle de révision pluriannuel, le réviseur doit en outre procéder à des contrôles effectifs complémentaires. Ceux-ci sont indépendants de l'appréciation des risques.

II. Cycle de révision annuel et pluriannuel

1. Cycle de révision annuel

La période couverte par le rapport de révision correspond à l'exercice annuel des statuts, du contrat de sociétés, ou tel qu'il a été fixé pour les entreprises individuelles. Les membres indiquent, au moment de leur affiliation, la date de clôture de leur exercice comptable.

La révision est annuelle sauf dans les cas suivants:

a) Exercices comptables qui excèdent 12 mois

Les membres dont l'exercice comptable excède douze mois sont soumis à l'obligation de révision annuelle. Dans le cas d'exercice prolongé consécutif à la constitution de la société, la future date de clôture de l'exercice est déterminante, y compris pour la première année civile. Les nouveaux membres admis moins de deux mois avant la date de clôture de leur premier exercice comptable, respectivement avant la date prévue pour le bouclage de leur premier exercice, sont dispensés de l'obligation de présenter un rapport de révision pour cette date de clôture.

En cas d'exercice prolongé à une durée de plus de 15 mois suite à une modification de la date de clôture, il doit être procédé à une révision couvrant la période jusqu'à l'ancienne date de clôture ainsi qu'à une révision jusqu'à la nouvelle date de clôture. Dans le cas d'exercices prolongés de durée inférieure à 15 mois, la Direction de l'OAR peut réduire le délai de remise du rapport, afin de garantir un rythme de révision régulier.

b) Sortie à la suite de fusion et autres cessions d'activité

Si un membre actif sort de l'association, il demeure tenu de remettre un rapport de révision couvrant la période allant jusqu'à la date de sortie, à moins que l'une des exceptions suivantes s'applique:

- Si l'activité du membre sortant est transférée à un intermédiaire financier non soumis à une loi spéciale, l'instance de surveillance de cet intermédiaire financier (organisme d'autorégulation, FINMA) doit confirmer par écrit à la Direction de l'OAR que le contrôle qu'elle exerce s'étend également à la période allant jusqu'à la date de sortie de l'ASG.
- Si l'activité du membre sortant est transférée à un intermédiaire financier soumis à une loi spéciale (banque, négociant en valeurs mobilières), ou si elle est transférée à un intermédiaire financier soumis à la surveillance consolidée d'un tel établissement, l'intermédiaire financier soumis à la loi spéciale doit confirmer par écrit à la Direction de l'OAR qu'une révision appropriée est effectuée.

c) Sortie / cessation d'activité à la suite de liquidation, faillite et circonstances analogues

Si la sortie de l'ASG se produit lors de la radiation du membre du registre du commerce, ou en cas de faillite, la Direction de l'OAR doit, si l'organe de révision du membre refuse d'établir un rapport de révision, effectuer un contrôle en lieu et place de la révision, qui couvre la période allant jusqu'à la sortie du membre. Elle peut y renoncer pour des motifs d'opportunité.

2. Cycle de révision pluriannuel

a) Introduction

Les membres actifs qui peuvent se prévaloir d'une activité stable et d'une organisation irréprochable peuvent solliciter auprès de la Direction de l'OAR, un cycle de révision pluriannuel selon les conditions suivantes:

b) Conditions d'octroi d'un cycle de révision pluriannuel

Pour l'octroi d'un cycle pluriannuel, les conditions cumulatives suivantes doivent être remplies:

- Le cycle de révision pluriannuel est accordé sur demande écrite du membre actif. La demande doit être accompagnée d'un rapport de révision complémentaire (cf. III., IV. ch. 2, V. ch. 2 et VI. ch. 4 pour son contenu) qui fournit des informations relatives à ses activités, son organisation et la composition de sa clientèle.
- Le membre actif doit avoir remis à la Direction de l'OAR au moins trois rapports de révision, dont au moins les deux derniers ont été établis par le même réviseur. Une attestation de non activité d'intermédiaire financier n'est pas considérée comme un rapport de révision.
- Le membre actif ne doit pas avoir fait l'objet de sanctions au sens de l'art. 6 du Règlement disciplinaire au cours des trois années précédant la demande.
- Les trois derniers rapports de révision ne doivent pas contenir de remarques du réviseur ou, si tel est le cas, celles-ci ne doivent porter que sur des points de peu de gravité. Dans ce cas, le rapport de révision complémentaire doit confirmer que tous les manquements à l'origine de ces remarques ont été régularisés.

De plus, le demandeur doit démontrer que les risques de blanchiment et de violations des règles du Code de conduite peuvent être objectivement considérés comme faibles compte tenu de son activité,

de la qualité et de l'adéquation de son organisation ainsi que de la stabilité et la composition de sa clientèle.

c) Cycle de révision

Si le membre actif remplit toutes les conditions mentionnées sous b) ci-dessus, la Direction de l'OAR lui octroi un cycle de révision bisannuel.

S'il ressort de l'examen du rapport de révision bisannuel que les conditions d'octroi d'un cycle de révision pluriannuel perdurent, la Direction de l'OAR octroie un nouveau cycle de révision bisannuel.

d) Retrait du cycle de révision pluriannuel

S'il ressort de l'examen du rapport de révision bisannuel que les conditions d'octroi d'un cycle de révision pluriannuel ne sont plus remplies, la Direction de l'OAR retire au membre actif l'autorisation d'un cycle de révision pluriannuel.

Lorsque des éléments conduisent à réexaminer si les conditions d'octroi du cycle de révision pluriannuel sont remplies, la Direction de l'OAR peut en tout temps retirer l'autorisation d'un cycle de révision pluriannuel.

Le membre actif dont le cycle de révision pluriannuel a été retiré revient à un cycle de révision annuel. Il ne peut déposer une nouvelle demande d'octroi de cycle de révision pluriannuel qu'avec la remise du troisième rapport de révision annuel qui suit le retrait de l'autorisation.

III. Objet de la révision

La révision a pour but de vérifier le respect du Code de conduite, de la loi sur le blanchiment d'argent (LBA) et du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme. La révision a pour objet les champs de révision ci-dessous (cf. IV). Ces champs diffèrent, selon que l'on est en présence d'un cycle de révision pluriannuel ou non et selon que la société révisée est affiliée à l'OAR de l'ASG ou non. Le rapport de révision fait état du résultat de l'examen de chaque champ de révision.

Le rapport de révision complémentaire à joindre à une demande d'octroi de cycle pluriannuel inclut des champs de révision supplémentaires (explications et informations sur les activités, l'organisation et la composition de la clientèle du membre, qui permettent une appréciation fiable concernant la stabilité du membre et le risque de violation du Code de conduite).

Les champs de révision mentionnés ci-dessous constituent un standard minimum. Le réviseur est libre, dans ce cadre, d'étendre sa révision à d'autres champs de révision.

IV. Champs de révision

1. Champs de révision pour la révision Code de conduite et LBA

a) Membres actifs affiliés à l'OAR

- Respect permanent des conditions d'admission de l'art. 4 des Statuts
- Activité d'intermédiaire financier au sens de la LBA
- respect des dispositions du Code de conduite, de la LBA et du Règlement concernant le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme, notamment
 - vérification de l'identité du cocontractant, identification de l'ayant droit économique
 - renouvellement de la vérification de l'identité du cocontractant et de l'identification de l'ayant droit économique
 - obligation d'établir et de conserver des documents
 - obligations de clarification (notamment établissement et utilisation de profils de clients);
 - obligation de communiquer et blocage des avoirs;
 - mesures organisationnelles, y compris la formation des collaborateurs.

dans la mesure le membre exerce une activité d'intermédiaire financier au sens de la LBA.

- Respect des principes professionnels applicables à l'exercice de la profession de gérant de fortune indépendant, notamment
 - indépendance (art. 3 du Code de conduite);
 - préservation et promotion de l'intégrité du marché (art. 4 du Code de conduite);
 - garantie d'une gestion irréprochable des activités (art. 5 du Code de conduite);
 - obligation d'informer (art. 6 du Code de conduite);
 - contrat de gestion de fortune (art 7 du Code de conduite);
 - confidentialité, notamment en cas de recours à des tiers (art. 8 du Code de conduite);
 - opérations de dépôt illicites (art. 9 du Code de conduite);
 - avoirs sans nouvelles (art. 10 du Code de conduite).
- En plus, pour les membres au bénéfice d'un cycle de révision pluriannuel
 - changements essentiels concernant les indications figurant dans le rapport de révision complémentaire.

b) Membre actifs avec autorisation étatique

- Existence et respect de l'autorisation étatique pour l'exercice de la profession

- Respect des principes professionnels applicables à l'exercice de la profession de gérant de fortune indépendant, tels que prévus pour les membres actifs affiliés à l'OAR, sauf si le membre actif avec autorisation étatique est soumis à une surveillance prudentielle complète.

2) **Champs de révision obligatoires pour le rapport de révision complémentaire accompagnant la demande de cycle de révision pluriannuel**

- Stabilité des ressources humaines engagées dans une activité assujettie à la LBA;
- Stabilité de l'organisation interne du membre avec prise en compte de la délégation de tâches et d'activités;
- Stabilité de la clientèle;
- Degrés et typologie du risque liés aux relations client avec prise en compte des relations d'affaires et transactions présentant un à risque accru;
- Composition et typologie de risque de la clientèle;
- Stabilité des relations avec les banques dépositaires;
- Autres indications éventuelles pertinentes pour l'évaluation de la demande.

V. **Opérations de contrôle**

1) **Révision Code de conduite et LBA**

L'analyse du risque et la couverture des champs de révision obligatoires requièrent au moins les opérations de contrôle suivantes:

a) **Membres actifs affiliés à l'OAR**

- Détermination des prestations de services et des actifs relevant ou non de la LBA
- Détermination de la composition de la clientèle relevant de la LBA
- Examen des états financiers et du rapport établi conformément au Code des Obligations pour la révision ordinaire ou restreinte, pour autant que celle-ci soit prescrite ou choisie
- Détermination de la masse sous gestion
- Audit ou revue succincte de l'intégralité et de la conformité des directives internes relatives à l'application du Code de conduite et de la LBA si obligatoires
- Audit ou revue succincte des connaissances en matière de LBA, Code de conduite et directives internes de la part de la direction, des personnes chargées du suivi des clients et du personnel administratif
- Audit ou revue succincte des mesures de contrôle de la mise en oeuvre et du respect de la LBA, du Code de conduite et des directives internes
- Audit ou revue succincte des documents de base des relations d'affaires (contrats, documents d'identification, documents liés à l'identification de l'ayant droit économique, information du client)

- Audit ou revue succincte pour vérifier si les transactions effectuées sont documentées et si la conservation des documents correspond aux prescriptions, et notamment aux prescriptions relatives à l'obligation d'informer
- Audit ou revue succincte pour vérifier si les obligations de clarification ainsi que les prescriptions pour la classification des risques des relations d'affaires et des transactions sont respectées
- Audit ou revue succincte pour vérifier si les obligations de communiquer et de blocage des avoirs ont été respectées
- Audit ou revue succincte de la liberté de choix en ce qui concerne les investissements et la politique de placement ainsi que des accords d'exclusivité
- Audit ou revue succincte pour vérifier si le devoir de confidentialité a été respecté, en particulier lors de la délégation d'activités ou de tâches à des tiers
- Audit ou revue succincte pour vérifier si des opérations de dépôt illicites ont été effectuées
- Audit ou revue succincte pour vérifier si, dans le cas d'opérations de caisse, les dispositions de la LBA et du Code de conduite ont été respectées.

En plus, pour les membres au bénéfice d'un cycle de révision pluriannuel:

- Audit ou revue succincte relatif aux changements essentiels concernant les indications figurant dans le rapport de révision complémentaire.

b) Membres actifs avec autorisation étatique

- Existence de l'autorisation étatique pour l'exercice de la profession
- Ouverture et état des procédures relevant de la surveillance.
- Les opérations de contrôle prévues pour les membres actifs affiliés à l'OAR sauf si des obligations équivalentes ou plus étendues existent en vertu d'une loi spéciale et font l'objet de la révision.

2) Révision complémentaire en vue de l'octroi du cycle de révision pluriannuel

- Constatation des changements intervenus au cours des trois dernières années et des changements prévus dans un avenir proche concernant des collaborateurs assujettis à la LBA, et état de leur expérience.
- Description détaillée de l'organisation interne, y compris le nombre de postes actifs dans la gestion de fortune, dans l'administration et dans le "compliance", ainsi que de l'existence de filiales, de succursales ou de participation significatives dans d'autres entreprises.
- Description de l'actionnariat et de ses modifications en relation avec les participations de plus de 10% du capital et/ou des droits de votes.
- Description de la composition de la clientèle relevant de la LBA et de son niveau de risque avec prise en compte de ses changements au cours des trois dernières années.
- Liste des banques dépositaires avec prise en compte des changements au cours des trois dernières années.

VI. Etablissement du rapport de révision

1) Principes de l'établissement du rapport

Le rapport de révision Code de conduite et LBA est la principale source d'information de la Direction de l'OAR. Il est déterminant pour l'obtention des informations utiles à la surveillance et à l'autorégulation, et pour l'identification des membres pour lesquels des mesures de la Direction de l'OAR sont nécessaires. Pour les responsables du membre révisé, le rapport de révision constitue un instrument essentiel pour l'évaluation du respect de leurs obligations.

Le rapport de révision rend compte du résultat de la révision effectuée selon les principes suisses applicables à la profession. Sont considérés comme principes suisses les normes d'audit suisses (NAS) de la Chambre Fiduciaire.

2) Forme

Le rapport de révision doit être établi par écrit, dans une des langues nationales suisses ou en anglais et doit être remis sous format papier au bureau compétent de l'ASG, à l'attention de la Direction de l'OAR. La Direction de l'OAR élabore les guides et directives nécessaires, les modèles de rapport et autres documents de travail.

3) Contenu du rapport de révision

Le rapport de révision contient une analyse des risques, les résultats d'audit ainsi qu'une déclaration d'intégralité Code de conduite et LBA.

L'analyse des risques renseigne sur :

- les constatations essentielles issues de l'analyse des risques et l'étendue de la révision qui en découle.

Les résultats d'audit renseignent sur :

- les compétences et l'indépendance du réviseur
- le lieu et la date du contrôle
- le suivi des manquements relevés lors des exercices précédents
- les résultats et conclusions de la révision
- les manquements relevés et, le cas échéant, les prises de positions du membre
- les recommandations du réviseur au membre en vue de l'amélioration des structures existantes et de la régularisation des manquements constatés

L'analyse des risques ainsi que les résultats d'audit doivent mentionner les nom et fonction du réviseur responsable et doivent être signés par lui.

La déclaration d'intégralité Code de conduite et LBA est une confirmation écrite du membre actif par laquelle il atteste avoir présenté au réviseur tous les documents exigés et l'avoir renseigné de façon exacte. La déclaration d'intégralité doit être remplie et signée par le membre.

4) Révision complémentaire en vue de l'octroi du cycle de révision pluriannuel

Le rapport de révision complémentaire renseigne en plus sur:

- les résultats des opérations et contrôles prescrits. Le réviseur atteste de leur intégralité et exactitude ;
- les éventuelles autres indications du membre pertinentes pour l'évaluation de la demande. Le réviseur atteste de leur intégralité et exactitude.

5) Relation avec l'audit des comptes annuels

Pour les membres soumis à une révision ordinaire ou restreinte conformément au Code des obligations, le rapport de révision répondant aux exigences de la révision Code de conduite et LBA susmentionnées doit être accompagné du rapport de l'organe de révision exigé par le Code des obligations, des états financiers et du rapport annuel du conseil d'administration ou de la direction.

Les membres qui ne sont pas soumis à une obligation de révision ordinaire ou restreinte doivent joindre au rapport de révision Code de conduite et LBA leurs états financiers (bilan et compte de pertes et profits) de même qu'une déclaration d'intégralité selon le Code des obligations.

Les membres au bénéfice d'un cycle de révision pluriannuel doivent joindre au rapport de révision Code de conduite et LBA tous les comptes annuels concernant la période revue, ainsi que, le cas échéant, le rapport de révision exigé par le Code des obligations.

Regolamento di controllo e disciplina dell'Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni (ASG)

Art. 1 Scopo e oggetto

Questo regolamento di controllo e disciplina ha come scopo il controllo dell'adempimento del Codice deontologico per l'esercizio della gestione indipendente di patrimoni ("Codice deontologico"), della Legge sul riciclaggio di denaro ("LRD") e del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo da parte dei soci dell'Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni (ASG).

Questo regolamento determina le società riconosciute per esercitare i controlli, il ritmo di questi ultimi, come pure i principi correlati a tali controlli e ai rendiconti.

Questo regolamento fissa altresì sanzioni adeguate in caso di violazione del Codice deontologico e ne regola la procedura. Esso stabilisce parimenti la procedura per ristabilire una situazione conforme all'ordinamento.

Art. 2 Campo d'applicazione

Tutti i soci attivi che soggiacciono all'Organismo di autodisciplina sottostanno a questo regolamento.

Questo regolamento, con riferimento al Codice deontologico, vale anche per i gestori indipendenti di patrimoni che, in qualità di intermediari finanziari ai sensi dell'art. 2 cpv.3 LRD, sono direttamente sottoposti alla FINMA.

Art. 3 Controllo da parte degli organi di revisione

Sottoscrivendo il Codice deontologico i soci incaricano e autorizzano il loro organo di revisione a verificare il rispetto del Codice deontologico secondo il regolamento di controllo e disciplina. L'ufficio di revisione conferma la verifica alla Direzione dell'Organismo di Autodisciplina ("D-OAD") e le rimette un rapporto. I soci incaricano e autorizzano inoltre il loro ufficio di revisione a notificare eventuali violazioni o sospetti di violazioni alla D-OAD.

L'ASG comunicherà agli uffici di revisione da essa riconosciuti il testo del Codice deontologico, del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo come pure il presente regolamento di controllo e disciplina e pertanto anche il loro mandato.

Norme d'applicazione:

1. Le condizioni per il riconoscimento degli uffici di revisione sono stabilite all'Annesso A del presente Regolamento di controllo e disciplina.
2. Il ritmo dei controlli, i periodi di riferimento, la procedura di controllo e il rapporto sono disciplinati all'Annesso B.

La Direzione dell'Organismo di Autodisciplina può, attraverso l'emaneazione di apposite direttive per la revisione, formulare raccomandazioni per il controllo come pure stabilire modelli di rapporti di revisione.

3. Il socio rimette un rapporto scritto allestito dal suo organo di revisione entro sei mesi dalla chiusura di un periodo di riferimento.

Tranne in caso di esclusione dall'Associazione, il socio che dimissiona dall'ASG conformemente all'art. 11 cpv. 1 degli Statuti deve inoltrare entro sei mesi dalla data dell'effettiva uscita un rapporto di revisione che copra il periodo sino a tale data.

Art. 4 Controllo speciale da parte della Direzione dell'OAD

La D-OAD può effettuare o fare compiere ad una società di revisione dei controlli speciali presso i soci al fine di verificare il rispetto del Codice deontologico, della LRD oppure del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo in particolare in caso d'indizi di violazione della Legge sul riciclaggio di denaro.

Norme d'applicazione:

4. La D-OAD decide sulla base dell'insieme delle circostanze, se il controllo speciale dev'essere condotto da un suo membro oppure da parte di un ufficio di revisione riconosciuto che non necessariamente deve essere quello designato dal socio.

I costi derivanti da un tale controllo sono posti, in parte o completamente, a carico del socio se questi attraverso un comportamento riprovevole o imprudente ha dato adito all'avvio del controllo oppure ne ha ostacolato lo svolgimento.

Art. 5 Direttive per il ristabilimento di una situazione conforme all'ordinamento

La Direzione OAD può, indipendentemente da eventuali procedimenti giusta l'art. 6 e segg, imporre ai soci delle istruzioni al fine di ristabilire una situazione conforme all'ordinamento. Queste istruzioni sono da comunicare al socio in forma scritta e diventano vincolanti nel caso in cui questi non dovesse chiederne la verifica al Tribunale d'onore entro 30 giorni dalla notifica.

Se il socio, dopo essere stato sollecitato due volte, non adempie all'ordine di ripristinare una situazione conforme all'ordinamento, la Direzione OAD ne propone l'esclusione dall'Associazione conformemente all'art. 11 lit. b degli statuti ASG.

Norme d'applicazione:

5. l'osservanza del Codice deontologico e della Legge sul riciclaggio di denaro. La Direzione OAD può in particolare imporre istruzioni relativamente all'organizzazione aziendale nonché all'adempimento della formazione.
6. Prima di impartire delle istruzioni, la Direzione OAD permette al socio di prendere posizione per iscritto. Unitamente alle istruzioni viene assegnato un termine entro il quale attuare le stesse. Tale termine può essere prorogato unicamente in presenza di motivi importanti.
7. In casi urgenti la Direzione OAD può togliere l'effetto sospensivo ad un eventuale ricorso al Tribunale di Onore contro le proprie istruzioni volte a ripristinare una situazione conforme. Le istruzioni diventano, di conseguenza, provvisoriamente esecutive.
8. Resta riservata l'esclusione del socio, giusta l'art. 11 degli statuti dell'Associazione, nel caso in cui si dovesse essere in presenza di un caso d'incapacità di mantenere un'adeguata organizzazione aziendale.

Art. 6 Sanzioni in caso di violazione del Codice deontologico

In caso di violazione del Codice deontologico, il socio inadempiente è tenuto a corrispondere all'Associazione una pena convenzionale pari ad un importo massimo di CHF 500'000.--.

L'Associazione destina la pena convenzionale ad uno scopo stabilito dal Consiglio.

Per i casi minori, nei confronti del socio inadempiente, può essere pronunciato un ammonimento.

In caso di ripetute o gravi violazioni della Legge sul riciclaggio di denaro o del Codice deontologico, può essere ordinata l'esclusione dall'ASG.

Norme d'applicazione:

9. Per determinare l'importo della pena convenzionale occorre tenere debito conto della gravità della violazione, del grado di colpa e della situazione patrimoniale del socio. Nella misura in cui violando il Codice

deontologico il socio ha percepito un utile oppure evitato un costo, allora tale utile rispettivamente risparmio fungerà da base minima per il calcolo della pena convenzionale.

Possono inoltre essere presi in considerazione i provvedimenti adottati da altre istanze nello stesso ambito.

10. L'esclusione dall'Associazione è sempre pronunciata qualora il socio impieghi un solo collaboratore che, esercitando un'attività assoggettata alla LRD, viola intenzionalmente l'obbligo di comunicazione ai sensi dell'art. 9 LRD.
11. In tutti gli altri casi l'espulsione non sarà pronunciata se le seguenti condizioni sono cumulativamente adempiute:
 - il collaboratore oppure i collaboratori che hanno intenzionalmente violato l'obbligo di comunicazione sono stati esclusi dall'organizzazione aziendale del socio e non esercitano più alcuna attività nell'ambito dell'intermediazione finanziaria per quest'ultimo;
 - eventuali altri collaboratori che avessero intenzionalmente contribuito alla violazione dell'obbligo di comunicazione, sia con azioni sia per omissioni (segnatamente nel caso di errori intenzionali nell'ambito della formazione, nell'adozione e nell'attuazione di direttive interne sulla lotta contro il riciclaggio di denaro, rispettivamente nel controllo della loro applicazione), sono stati esclusi dall'organizzazione aziendale del socio e non esercitano più alcuna attività di intermediazione finanziaria per quest'ultimo;
 - la procedura d'inchiesta dimostra che il socio ristabilisce rapidamente la corretta situazione nell'azienda e garantisce l'adempimento dei doveri stabiliti dalla LRD e dal presente Codice deontologico.

Se le precitate condizioni cumulative non sono adempiute entro la fine della procedura d'inchiesta giusta l'art 9 e segg il socio é escluso dall'Associazione.

Art. 7 Violazione del Regolamento di controllo e disciplina

La violazione dell'art. 3 del presente Regolamento di controllo e disciplina, nello specifico la mancata consegna rispettivamente la mancata consegna entro il termine fissato del rapporto di revisione è equiparata alla violazione del Codice deontologico. Lo stesso vale qualora il socio si rifiuti di collaborare in caso di controlli speciali o durante una procedura d'inchiesta.

Art. 8 Esclusione del perseguimento di violazioni del Codice deontologico per cause temporali

La violazione del Codice deontologico oppure del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo non viene più perseguita se la stessa risale a più di sette anni. In caso di violazione dell'obbligo di identificazione e accertamento dell'avente diritto economico il termine di sette anni inizia a decorrere dalla cessazione della violazione, rispettivamente dalla cessazione della relazione d'affari.

Art. 9 Procedura ordinaria di inchiesta

Per l'accertamento e la punizione delle violazioni del Codice deontologico e del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo sono competenti gli organi dell'ASG in conformità agli Statuti dell'Associazione. La Direzione OAD dell'Associazione Svizzera di Gestori di patrimoni designa uno o più incaricati d'inchiesta.

In caso di sospetta violazione del Codice deontologico oppure del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo, la Direzione OAD avvia la procedura e affida l'accertamento della fattispecie ad un incaricato dell'inchiesta. Egli comunica al socio coinvolto la sua posizione nell'inchiesta.

Al termine dell'inchiesta, l'incaricato redige un rapporto e propone di avviare una procedura di fronte al Tribunale d'onore e di determinare le sanzioni adeguate oppure di abbandonare l'inchiesta.

Norme d'applicazione:

12. L'incaricato dell'inchiesta esegue l'inchiesta in modo indipendente. Se in precedenza è stato eseguito un controllo speciale giusta l'art. 4, l'incaricato dell'inchiesta ha la facoltà di basarsi sui risultati come pure sui documenti usati per il predetto controllo.
13. L'incaricato dell'inchiesta informa la FINMA circa l'avvio di una procedura d'inchiesta.
14. Il rapporto dell'incaricato dell'inchiesta riassume i fatti essenziali, contiene una valutazione giuridica di tali fatti nonché una proposta alla Direzione OAD. Al rapporto d'inchiesta devono essere allegati i principali mezzi di prova.

Se l'incaricato dell'inchiesta ritiene, sulla base degli atti consultati, di chiudere l'inchiesta, non è tenuto a sentire separatamente il socio interessato.

15. Se in ragione di circostanze speciali, segnatamente nel caso di procedure penali o civili correnti e aventi effetti pregiudizievoli per la procedura ai sensi del presente Regolamento di controllo e disciplina, la procedura d'inchiesta non può essere condotta a termine in modo opportuno, l'incaricato può chiedere alla Direzione OAD la temporanea sospensione dell'inchiesta.

La sospensione temporanea è revocata, qualora il socio interessato non adempia all'obbligo di informare l'incaricato dell'inchiesta circa l'andamento di tali procedure.

Art. 10 Abbandono o avvio di una procedura di fronte al Tribunale d'onore

Dopo aver esaminato il rapporto d'inchiesta ed aver eventualmente ascoltato il socio, la Direzione OAD adotta il rapporto d'inchiesta e decide circa l'abbandono dell'inchiesta oppure l'apertura di un procedimento dinanzi al Tribunale d'onore.

Essa può delegare all'incaricato dell'inchiesta la conduzione della procedura dinanzi al Tribunale d'onore.

Se l'inchiesta viene abbandonata i costi sono assunti, di principio, dall'Associazione. Essi vengono tuttavia addebitati in parte o interamente al socio qualora egli abbia causato l'inchiesta assumendo un comportamento riprovevole o negligente, oppure ne abbia ostacolato il regolare svolgimento.

Norme d'applicazione:

16. Se durante la procedura d'inchiesta il socio non è stato sentito in modo completo, la Direzione OAD trasmette al socio il rapporto d'inchiesta assegnando un breve termine per prendere posizione al riguardo.

Art. 11 Procedura semplificata

Qualora la Direzione OAD ritenga adeguato un ammonimento oppure una pena convenzionale di importo massimo pari a CHF 50'000.— per un'infrazione al Codice deontologico, del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo oppure per una violazione ad un obbligo di controllo, essa ha la facoltà di proporre al socio il riconoscimento delle violazioni constatate e l'accettazione di un ammonimento rispettivamente di un'adeguata pena convenzionale.

Se entro trenta giorni dalla notifica della proposta non sono sollevate obiezioni, le violazioni constatate come pure un eventuale ammonimento sono considerati riconosciuti. Parimenti è considerata come riconosciuta la pena convenzionale pagata entro trenta giorni dalla notifica della proposta.

Nel caso in cui entro detto termine siano sollevate obiezioni, rispettivamente la pena convenzionale non sia pagata, la Direzione OAD avvia immediatamente la procedura d'inchiesta ordinaria oppure chiede, sulla base degli atti, al Tribunale d'onore di pronunciare un ammonimento o una pena convenzionale.

Art. 12 Procedura d'innanzi al Tribunale d'onore

La procedura dinnanzi al Tribunale d'onore è regolata dagli Statuti e dal regolamento procedurale adottato dal Tribunale medesimo.

Se il socio inadempiente si sottopone alla decisione del Tribunale d'onore, la procedura è conclusa. In caso contrario, fa stato l'art. 13 che segue.

Art. 13 Procedura arbitrale

Se la pena convenzionale fissata dal Tribunale d'onore non viene corrisposta entro il termine stabilito, il Tribunale arbitrale, previsto dagli Statuti, decide in via definitiva su istanza dell'Associazione.

Altre decisioni possono essere impugnate dall'ASG e dal socio interessato entro 30 giorni dalla notificazione al Tribunale arbitrale secondo gli Statuti ASG.

Art. 14 Dimissioni durante un procedimento pendente

Il procedimento pendente viene portato a termine anche se un socio si dimette dall'ASG nel corso di una procedura d'inchiesta, di un procedimento di fronte al Tribunale d'onore oppure al Tribunale arbitrale.

Il socio, anche dimettendosi dall'ASG, è sottoposto alle regole procedurali di questo Regolamento di controllo e disciplina e agli statuti dell'ASG fino al termine di eventuali procedure in corso.

Art. 15 Informazioni disciplinari

La Direzione OAD fornisce informazioni disciplinari relative a un socio unicamente con il suo assenso e a titolo oneroso.

Tali informazioni disciplinari comprendono tutte le sanzioni pronunciate nel corso degli ultimi cinque anni sulla base di questo regolamento di controllo e disciplina con indicazione degli articoli violati del Codice deontologico rispettivamente di questo regolamento di controllo e disciplina violati.

Allegato A: Condizioni per il riconoscimento degli organi di revisione

Quale ufficio di revisione per i soci attivi di ASG con collegamento all'organismo di autodisciplina sono riconosciuti:

- Le società di revisione autorizzate dall'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (FINMA).
- Imprese che dispongono di un'abilitazione rilasciata dall'Autorità di sorveglianza dei revisori (ASR) quale perito revisore oppure che sono sottoposte a sorveglianza statale.
- Imprese, le cui persone responsabili per la revisione del socio attivo ASG (responsabile del mandato) dispongano di un'abilitazione rilasciata dall' Autorità di sorveglianza dei revisori (ASR) quale perito revisore.
- Imprese che dispongono di una comprovata formazione nonché esperienza professionale sufficiente per ottenere l'abilitazione quale perito revisore, che godono di buona reputazione, la cui grandezza aziendale ed organizzativa, rapportata a quella del socio attivo soggetto a revisione, garantisce un'attività di revisione irreprensibile ai sensi della LRD. Il riconoscimento ha luogo sempre e solo con riferimento ad un determinato socio oppure ad un gruppo di soci.

In tutti i predetti casi le persone responsabili per la revisione del socio attivo ASG (responsabile del mandato) e gli uffici di revisione devono disporre di conoscenze approfondite nell'ambito della lotta contro il riciclaggio di denaro ed il finanziamento del terrorismo, in particolar modo sui recenti sviluppi in materia, e devono essere indipendenti dalla direzione e dall'amministrazione del socio.

A titolo eccezionale la Direzione OAD può riconoscere società di revisione che non adempiono totalmente alle condizioni per l'ottenimento dell'abilitazione da parte dell'ASR, se

- in una determinata regione non vi sia un'adeguata offerta di revisori sufficientemente qualificati nell'ambito delle revisioni relative alla legge sul riciclaggio di denaro ed Codice deontologico oppure vi siano altre circostanze che comportano una disfunzione del mercato relativamente alle prestazioni di servizio offerte in tale campo;
- la revisione di un gruppo di società unite tra di loro da parte di una tale società di revisione sia meglio garantita;
- la revisione di un socio oppure di un gruppo di soci che svolge/svolgono un'attività particolare (ad es. specializzazione), a seguito delle qualifiche particolari del revisore responsabile in tale ambito di attività, sia meglio garantita;
- per un socio, la designazione di un ufficio di revisione che adempie totalmente alle condizioni di riconoscimento costituisca, per altre ragioni, un rigore eccessivo.

Queste eccezioni valgono solo per uno oppure più soci oppure per determinate regioni e possono essere concesse unicamente previa richiesta scritta e motivata del socio da inoltrare alla Direzione OAD.



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

I rapporti di revisione allestiti da revisori che non soddisfano risp. non soddisfano più le condizioni di riconoscimento stabilite nel presente annesso saranno respinti dalla Direzione OAD.

Allegato B: Istruzioni per la revisione del Codice deontologico e della LRD

I. Principi della revisione

1. Campo d'applicazione e fondamenti

Le disposizioni contenute nel presente annesso si applicano ai controlli svolti dagli organi di revisione in capo ai soci attivi relativamente al rispetto del Codice deontologico e del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo conformemente all'art. 4 Statuti e art. 3 del Regolamento di controllo e disciplina e relative norme di applicazione.

Secondo le presenti Istruzioni, la revisione è svolta di principio annualmente (cfr. Il. cifra 1.), nella misura in cui la Direzione OAD (cfr. Il. cifra 2.) non abbia concesso al socio un ciclo di revisione pluriennale ("ciclo di revisione pluriennale").

2. Termine per l'inoltro del rapporto di revisione e periodo di riferimento

Giusta l'art. 3 norma di applicazione nr. 3 del Regolamento di controllo e disciplina, la revisione dev'essere svolta, e il relativo rapporto di revisione dev'essere inoltrato, entro 6 mesi dalla chiusura dell'ultimo anno finanziario. Per i soci al beneficio di un ciclo di revisione pluriennale valgono i medesimi termini a decorrere dalla chiusura dell'ultimo anno finanziario del ciclo prolungato.

Il periodo coperto dal rapporto di revisione comprende l'anno finanziario terminante al giorno di chiusura del bilancio (esercizio). Nel caso di un ciclo di revisioni pluriennale il periodo coperto dal rapporto di revisione comprende sempre l'arco di tempo totale a decorrere dalla fine dell'ultimo periodo sottoposto ad audit sino alla chiusura dell'ultimo anno finanziario.

Le richieste di proroga devono essere inviate ad ASG per e-mail oppure per lettera al più tardi l'ultimo giorno del termine per l'inoltro del rapporto di revisione. Unicamente le richieste di proroga sufficientemente motivate saranno accettate.

3. Concetto di revisione/audit

L'*audit* avviene sulla base di un approccio orientato al rischio. La valutazione dei rischi comporta un rilevamento sistematico ed un'analisi dei rischi che sono significativi per permettere alla società di revisione di formarsi un giudizio sull'oggetto dell'*audit* (principio della significatività). Il revisore è responsabile di appurare la situazione dei rischi in modo affidabile. L'analisi dei rischi e la risultante strategia di *audit* sono elementi centrali della pianificazione della revisione.

In base all'analisi del rischio viene stabilita l'ampiezza (*Prüftiefe*) della procedura di *audit* (*Prüfungshandlungen*) per le singole aree di verifica (*Prüffelder*). La procedura di verifica può essere svolta attraverso un *audit* (*Prüfung*) o una verifica limitata (*Review; prüferische Durchsicht*) o un *audit* di

plausibilità (*Plausibilisierung*). Nel caso di audit, il risultato della verifica è formulato in modo positivo, nel caso di una verifica limitata oppure di un audit di plausibilità, per contro, in modo negativo. Il rapporto indica l'analisi dei rischi e l'ampiezza della revisione.

Per le aree di verifica obbligatorie (cfr. IV cifra 1.) l'ampiezza di *audit* minima corrisponde alla verifica limitata (*Review*). Di principio l'audit dev'essere svolto mediante procedure di validità (*ergebnisorientierte Prüfung*). Nel caso in cui un socio disponga di un sistema di controllo interno (*SCI*) adeguatamente sviluppato, l'audit può essere svolto orientandosi principalmente alle verifiche procedurali (*verfahrensorientierte Prüfung*).

Per il rapporto di revisione esteso tendente a richiedere un ciclo di revisioni pluriennale, il revisore deve effettuare degli ulteriori rilevamenti, i quali devono avvenire indipendentemente dall'analisi dei rischi.

II. Ciclo di revisione annuale e pluriennale

1. Ciclo di revisione annuale

Il periodo di riferimento corrisponde all'anno finanziario stabilito per le ditte individuali oppure previsto negli statuti risp. nel contratto societario. I soci, al momento dell'affiliazione, rendono noto il proprio giorno di chiusura del bilancio.

La revisione è annuale, a meno che non ricorra una delle seguenti eccezioni:

a) Anni finanziari con più di 12 mesi

I soci con anni finanziari superiori a 12 mesi sottostanno all'obbligo di revisione annuale. Nel caso di società di nuova costituzione, in presenza di anni finanziari prolungati, il futuro giorno di chiusura del bilancio è determinante anche per il primo anno finanziario. I nuovi soci che sono stati ammessi a meno di due mesi dalla scadenza della prima risp. della futura data di bilancio per il primo anno finanziario, sono esonerati dall'obbligo di revisione per questo breve periodo.

Nel caso di anni finanziari prolungati di durata maggiore a 15 mesi dovuti a cambiamenti del giorno di chiusura del bilancio, dev'essere effettuata una revisione che copra sia il periodo sino alla vecchia data di bilancio sia il periodo sino alla nuova. Nel caso di anni finanziari prolungati di durata inferiore ai 15 mesi, la Direzione OAD, al fine di garantire un ritmo di revisione regolare, può ridurre il termine entro il quale inoltrare il rapporto di revisione.

b) Dimissioni, raggruppamenti di imprese e altri trasferimenti di attività/azienda

Se un socio attivo dimissiona dall'Associazione, deve inoltrare un rapporto di revisione che copra il periodo fino all'uscita, a meno che non trovi applicazione una delle seguenti eccezioni (lista esaustiva):

Se l'attività del socio uscente è trasferita ad un altro intermediario finanziario non sottoposto al campo di applicazione di una legge speciale, l'organo di vigilanza di questo intermediario finanziario (Organismo di autodisciplina, FINMA) dovrà confermare per iscritto alla Direzione OAD di svolgere la propria attività di controllo anche relativamente al periodo compreso fino alla data d'uscita dall'ASG.

Se l'attività del socio uscente è trasferita ad un intermediario finanziario sottoposto al campo di applicazione di una legge speciale (banca, commerciante di valori mobiliari) rispettivamente ad un intermediario finanziario rientrante nel perimetro di sorveglianza su base consolidata di una tale impresa, allora tale intermediario finanziario dovrà confermare per iscritto alla Direzione OAD che svolgerà i pertinenti controlli.

c) Dimissioni, cessazione di attività in seguito a liquidazione, fallimento e fattispecie corrispondenti

Nel caso di dimissioni dall'ASG avvenute in seguito alla cancellazione del socio dal Registro di commercio oppure in caso di fallimento, la Direzione OAD, qualora l'ufficio di revisione del socio attivo si rifiuti di allestire un rapporto di revisione che copra il periodo sino all'insorgere di uno dei precitati eventi paragonabili ad una dimissione, deve di norma effettuare un controllo in sostituzione della revisione. Essa può rinunciare per motivi di opportunità.

2. Ciclo di revisione pluriennale

a) Introduzione

La Direzione OAD può concedere ai soci attivi che dispongono di un'attività stabile nonché di un'organizzazione aziendale irreprensibile un ciclo di revisione pluriennale, qualora ricorrano le seguenti condizioni.

b) Condizioni per la concessione di un ciclo di revisione pluriennale

Affinché possa essere concesso un ciclo di revisione pluriennale devono essere adempiute le seguenti condizioni cumulative:

- Il ciclo di revisione pluriennale è concesso solo su richiesta scritta del socio attivo. La domanda dev'essere corredata da un rapporto di revisione esteso (per quanto attiene al contenuto cfr. *infra* III., IV. cifra 2, V. cifra 2 e VI. cifra 4) che fornisca delle informazioni circa la clientela, l'organizzazione e le attività del socio.
- Il socio attivo deve avere trasmesso alla Direzione OAD almeno tre rapporti di revisione; quelli relativi agli ultimi due anni finanziari devono essere stati allestiti dal medesimo organo di re-

visione. Un'attestazione di mancata attività quale intermediario finanziario non è considerata un rapporto di revisione.

- Nei tre anni precedenti l'inoltro della domanda il socio attivo non deve essere incorso in sanzioni giusta l'art. 6 del Regolamento di controllo e disciplina.
- Gli ultimi tre rapporti di revisione non devono contenere nessuna osservazione da parte del revisore oppure, se tale è il caso, unicamente su aspetti di poca entità. In quest'ultima evenienza, il rapporto di revisione esteso deve confermare che tutte le lacune che hanno portato alla formulazione delle predette osservazioni sono state eliminate.

Inoltre, il socio richiedente deve dimostrare che, in considerazione dell'attività svolta, della qualità come pure dell'adeguatezza della propria organizzazione aziendale come pure della stabilità e della provenienza della sua clientela, il rischio di riciclaggio rispettivamente di una possibile violazione del Codice deontologico può essere oggettivamente considerato minimo.

c) Ciclo di revisione

Nel caso in cui il socio attivo soddisfi i criteri riportati alla suddetta lit. b), la Direzione OAD concederà un ciclo di revisione articolato su due anni.

Qualora in seguito all'analisi del referto peritale afferente il primo biennio dovesse risultare che le premesse per la concessione del ciclo di revisione prolungato sono ancora adempite, la Direzione OAD prolunga automaticamente l'autorizzazione per un ulteriore biennio.

d) Ritiro della concessione

Qualora il rapporto di revisione biennale dovesse attestare che le premesse per la concessione del ciclo di revisione pluriennale non sono più adempite, la Direzione OAD revoca la relativa autorizzazione al socio attivo.

La Direzione OAD può altresì revocare in ogni tempo l'autorizzazione ad una revisione pluriennale in seguito ad accertamenti che rendono necessari una nuova valutazione in merito all'adempimento delle condizioni per la concessione di un tale ciclo di revisioni da parte del socio attivo.

Nel caso di revoca, il socio attivo ritorna ad un ciclo di revisione annuale e potrà richiedere nuovamente di essere messo al beneficio di un ciclo di revisione pluriennale al più presto con l'inoltro del terzo rapporto di revisione seguente la revoca.

III. Oggetto della revisione

La revisione ha per scopo la verifica del rispetto del Codice deontologico per l'esercizio della gestione indipendente di patrimoni (Codice deontologico), della legge sul riciclaggio di denaro (LRD) e del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo.

Le aree di verifica sui cui si fonda l'oggetto dell'audit sono riportate al cap. IV che segue. Queste aree si differenziano a dipendenza del fatto che si deve svolgere una revisione annuale o biennale oppure che il socio sottoposto a audit è un socio attivo affiliato all'OAD o un socio attivo con autorizzazione statale. Il rapporto stabilisce il risultato dell'esame in relazione alle singole aree di verifica.

Il rapporto di revisione esteso da accludere alla richiesta di un ciclo di revisione pluriennale, include aree di verifica supplementari (controllo e indicazioni in merito alle attività, all'organizzazione nonché alla clientela del socio, che permettono di esprimersi in modo attendibile circa la stabilità di quest'ultimo ed il rischio di una violazione del Codice deontologico).

Le aree di verifica riportate qui di seguito rappresentano uno standard minimo. Il revisore è libero di procedere, nell'ambito dell'oggetto della revisione, a ulteriori controlli.

IV. Aree di verifica

1. Aree di verifica obbligatorie per la revisione del Codice deontologico e della LRD

a) Socio attivo affiliato all'OAD

- Costante adempimento delle condizioni d'ammissione giusta l'art. 4 Statuti
- Attività quale intermediario finanziario ai sensi della LRD
- Rispetto del Codice deontologico, della LRD e del Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo, segnatamente
 - a. identificazione della controparte e accertamento dell'avente economicamente diritto;
 - b. rinnovo dell'identificazione della controparte o dell'accertamento dell'avente economicamente diritto;
 - c. obblighi di documentazione;
 - d. obbligo di chiarimento (in particolare allestimento e impiego di profili dei clienti);
 - e. obbligo di comunicazione e blocco dei beni;
 - f. misure organizzative, compresa la formazione dei collaboratori;nella misura in cui il socio eserciti un'attività quale intermediario finanziario ai sensi della LRD
- Rispetto dei principi professionali per l'esercizio della gestione indipendente di patrimoni, segnatamente
 - g. indipendenza della gestione di patrimoni (art. 3 Codice deontologico);
 - h. tutela e promozione dell'integrità del mercato (art. 4 Codice deontologico);
 - i. garanzia di un'attività irreprensibile (art. 5 Codice deontologico);
 - j. obbligo di informazione (art. 6 Codice deontologico);

- k. contratto di gestione patrimoniale (art. 7 Codice deontologico);
- l. riservatezza, in particolare nel caso di ricorso a terze persone (art. 8 Codice deontologico);
- m. operazioni di investimento non autorizzate (art. 9 Codice deontologico);
- n. averi senza notizia (art. 10 Codice deontologico).

In aggiunta, per gli *audit* su un ciclo pluriennale

- cambiamenti essenziali relativamente alle indicazioni riportate nel rapporto di revisione esteso.

b) Socio attivo con autorizzazione statale

- Esistenza e osservanza dell'autorizzazione statale per l'esercizio della professione
- Rispetto dei principi professionali per l'esercizio della gestione indipendente di patrimoni nella stessa guisa dei soci attivi affiliati all'Organismo di autodisciplina, nella misura in cui il socio attivo con autorizzazione statale non sottostia ad una sorveglianza prudenziale completa.

2. Aree di verifica obbligatorie per il rapporto di revisione esteso ai fini dell'ottenimento di un ciclo di revisione pluriennale

- svolgono attività soggette alla LRD;
- Stabilità e continuità dell'organizzazione interna del socio tenendo conto della delega di attività;
- Stabilità e continuità della clientela;
- Grado del rischio e composizione della clientela, tenendo conto delle relazioni di affari e delle transazioni a rischio accresciuto;
- Struttura della clientela e relativa struttura del rischio;
- Stabilità e continuità delle relazioni con le banche depositarie;
- Altre eventuali indicazioni rilevanti ai fini della valutazione della richiesta di un ciclo di revisioni pluriennale.

V. Procedure di verifica

1. Revisione Codice deontologico e LRD

Per l'analisi del rischio e la copertura delle aree di *audit* devono essere effettuate almeno le seguenti procedure/operazioni di verifica.

a) Soci attivi affiliati all'OAD

- Accertamento delle prestazioni di servizio e delle attività rilevanti e non rilevanti ai sensi della LRD
- Determinazione della clientela rilevante ai sensi della LRD

- Esame del conto annuale inclusa la relazione di revisione ai sensi del Codice delle obbligazioni sulla revisione ordinaria oppure limitata, nella misura in cui sia prevista oppure vi si abbia optato
- Accertamento della massa gestita
- Verifica (audit) oppure verifica limitata dell'esattezza e della completezza delle direttive interne concernenti l'applicazione del Codice deontologico e della LRD
- Verifica (audit) oppure verifica limitata delle conoscenze della LRD, del Codice deontologico e delle direttive interne da parte della direzione, del personale incaricato di seguire la clientela, del personale amministrativo
- Verifica (audit) oppure verifica limitata del controllo interno dell'applicazione e dell'osservanza della LRD, del Codice deontologico e delle direttive interne
- Verifica (audit) oppure verifica limitata dei documenti fondamentali delle relazioni di affari (contratti, documenti di identificazione, documenti relativi all'accertamento dell'avente economicamente diritto, informazione dei clienti)
- Verifica (audit) oppure verifica limitata se le transazioni effettuate sono documentate e se la loro conservazione corrisponde alle prescrizioni, segnatamente anche alle disposizioni relative all'obbligo di informazione
- Verifica (audit) oppure verifica limitata relativamente all'obbligo di chiarimento incluse le prescrizioni sulla classificazione del rischio delle relazioni di affari e delle transazioni
- Verifica (audit) oppure verifica limitata circa l'adempimento dell'obbligo di comunicazione e di blocco dei beni
- Verifica (audit) oppure verifica limitata circa la libertà di scelta in relazione agli investimenti e alla politica di investimento, come pure circa i vincoli di esclusività
- Verifica (audit) oppure verifica limitata dell'osservanza dell'obbligo di riservatezza, in particolare nel caso di delega di attività
- Verifica (audit) oppure verifica limitata se sono state effettuate delle operazioni di investimento non autorizzate
- Verifica (audit) oppure verifica limitata in merito all'ottemperanza delle disposizioni della LRD e del Codice deontologico nel caso di operazioni di cassa

In aggiunta, per gli *audit* su un ciclo pluriennale

- Verifica (audit) oppure verifica limitata in merito a cambiamenti essenziali concernenti le indicazioni contenute nel rapporto di revisione esteso per la richiesta di un ciclo di revisioni pluriennale

b) Soci attivi con autorizzazione statale

- Esistenza dell'autorizzazione statale per l'esercizio della professione
- Apertura e decorso di eventuali procedimenti in ambito di sorveglianza

- Le procedure di verifica previste per i soci attivi affiliati all'Organismo di autodisciplina, nella misura in cui nelle leggi speciali non sussistano e non siano oggetto di revisione degli obblighi equivalenti oppure di più ampia portata.

2. Revisione estesa ai fini dell'ottenimento di un ciclo di revisione pluriennale

- Controllo dei cambiamenti intercorsi negli ultimi tre anni e di quelli previsti per il futuro prossimo nell'ambito dei collaboratori assoggettati alla LRD come pure della loro esperienza
- Descrizione dettagliata dell'organizzazione interna, incluso il numero di posti nell'ambito della gestione patrimoniale, dell'amministrazione e del compliance, come pure in merito all'esistenza di filiali, succursali oppure partecipazioni rilevanti in altre imprese
- Rilevamento dell'azionariato e della variazione del medesimo in relazione a partecipazioni maggiori al 10 per cento del capitale e/o dei diritti di voto
- Descrizione della clientela rilevante ai sensi della LRD e del livello di rischio, incluse le variazioni intercorse negli ultimi tre anni
- Rilevamento delle relazioni con banche depositarie, inclusi i cambiamenti intercorsi negli ultimi tre anni

VI. Rapporto

1. Principi del rapporto

Il rapporto di revisione in merito al Codice deontologico e la LRD è uno strumento di informazione essenziale per la Direzione OAD ed indispensabile ai fini della raccolta d'informazioni importanti nell'ambito dell'autoregolamentazione e della sorveglianza, come pure in relazione all'identificazione dei soci presso i quali si rende necessaria l'adozione di provvedimenti. Per i responsabili del socio ispezionato il rapporto di revisione rappresenta uno strumento essenziale per la comprensione dei propri doveri.

Il rapporto illustra il risultato della verifica svolta in conformità agli standard svizzeri di categoria applicabili. Quali standard svizzeri applicabili s'intendono gli standard svizzeri di revisione della Camera fiduciaria.

2. Forma

Il rapporto è allestito in forma scritta in una delle lingue ufficiali svizzere oppure in inglese e dev'essere inoltrato al Segretariato competente, all'attenzione della Direzione OAD. Quest'ultima elabora le necessarie istruzioni, i modelli di rapporto e i documenti di lavoro.

3. Contenuto del rapporto

La relazione comprende un'analisi dei rischi, un rapporto di *audit* come pure una dichiarazione di completezza "Codice deontologico/LRD".

L'analisi dei rischi deve fornire informazioni su

- le constatazioni essenziali ricavate dall'analisi dei rischi e la conseguente ampiezza della procedura di verifica.

Il rapporto di *audit* deve fornire informazioni su:

- abilitazione e indipendenza del revisore;
- luogo e data dell'ispezione;
- risoluzione delle irregolarità accertate negli scorsi anni;
- risultati e conclusioni delle verifiche;
- manchevolezze rilevate ed eventuali prese di posizione del socio al riguardo;
- raccomandazioni del revisore al socio per migliorare le strutture esistenti e risolvere le irregolarità esistenti.

L'analisi dei rischi nonché il rapporto di *audit* devono contenere il nome, la qualifica come pure la firma del revisore responsabile.

La dichiarazione di completezza "Codice deontologico/LRD" è un'attestazione scritta rilasciata dal socio, in forza della quale egli conferma di aver dato in visione al revisore tutti i documenti richiesti ed avergli fornito informazioni veritiere. La stessa dev'essere compilata e firmata in forma autografa dal socio.

4. Revisione estesa ai fini dell'ottenimento di un ciclo di revisione pluriennale

Il rapporto di *audit* esteso deve fornire informazioni supplementari su:

- risultati delle rilevazioni e dei chiarimenti prescritti, inclusa una conferma della loro completezza ed esattezza;
- eventuali altre indicazioni del socio in merito alla richiesta, inclusa una conferma della loro completezza ed esattezza.

5. Legame con l'*audit* dei conti annuali

I soci che sottostanno all'obbligo di una revisione ordinaria oppure limitata conformemente al Codice delle obbligazioni devono inoltrare, unitamente al rapporto "Codice deontologico/LRD" allestito conformemente alle precedenti disposizioni, una copia del relativo conto annuale nonché della relazione dell'ufficio di revisione come pure del rapporto annuale del consiglio di amministrazione risp. del/dei gerente/i.

I soci che non sottostanno né all'obbligo di una revisione ordinaria né all'obbligo di una revisione limitata devono inoltrare, unitamente al rapporto "Codice deontologico/LRD" allestito conformemente alle



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

precedenti disposizioni, una copia del relativo conto perdite e profitti (conto di esercizio) nonché del bilancio come pure una dichiarazione di completezza ai sensi del CO.

I soci posti al beneficio di un ciclo di revisioni pluriennale devono inoltrare i conti annuali del rispettivo periodo di riferimento (eventualmente con la relazione dell'ufficio di revisione).

Mehr Informationen Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Geschäftsleitung SRO

Telefon 044 228 70 10

Fax 044 228 70 11

E-Mail Morys.cavadini@vsv-asg.ch
Patrick.dorner@vsv-asg.ch
sergio.ceresola@vsv-asg.ch

Der Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV) ist der führende Branchenverband der unabhängigen Vermögensverwalter in der Schweiz. Er wurde 1986 gegründet mit dem Ziel, durch Selbstregulierung ein Gütesiegel für die unabhängige Vermögensverwaltung zu schaffen. Aus diesem Grund setzt der VSV Standesregeln fest, welche von den Mitgliedern befolgt werden müssen. Als Interessenvertreter engagiert sich der Verband für das Ansehen der Branche und den Schutz der Anleger. Zudem ist er in der Aus- und Weiterbildung aktiv. Der VSV zählt heute mehr als 800 aktive Mitglieder, welche rund zwei Drittel der in der Schweiz von unabhängigen Vermögensverwaltern betreuten Vermögen verwalten.